

**Die gezielte
Zerstörung
unserer
direkten
Demokratie
und unseres
Wohlstands**

Nationalrat Luzi Stamm

2. Ausgabe (überarbeitet), August 2004

2. Auflage August 2004

ISBN 3-9521945-6-5

© Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
www.prolibertate.ch E-Mail info@prolibertate.ch
Schriftenreihe Nr. 19, August 2004

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	7
I. Die Bevölkerung übersieht die Hauptsache	9
1. Die «Jahrtausendfrage»	9
2. Die Abschaffung der direkten Demokratie	9
3. Macht von der Bevölkerung in die Hände der Politiker	10
4. Was Rang und Namen hat, ist für einen EU-Beitritt	12
5. Die Bevölkerung meint, ein Beitritt sei zurzeit kein Thema	14
6. Systematische Abschaffung der Beitritts Hindernisse	15
7. Es kommt nur auf das strategische Ziel an	16
II. Das strategische Ziel	16
8. Die Tragweite des Ausdrucks «strategisches Ziel»	16
9. Personalpolitik: Nur Linientreue wurden gewählt	18
10. Sachpolitik: Gleichschaltung, koste es, was es wolle!	20
11. Die gezielte Zerstörung des guten Rufs der Schweiz	25
12. Die Zerstörung des Wohlstands	27
III. Die Umsetzung des Ziels	31
13. Propaganda statt Aufklärung	31
14. Staatspropaganda	32
15. Der Politmedienkuchen	34
16. Das unüberwindbare «Dreigestirn der Macht»	35
17. Der Filz, der Richtung EU zieht	37
IV. Die Ausschaltung der Opposition	40
18. Zerstörerische Vergleiche mit Hitlerdeutschland	40
19. Von rassistisch bis rückwärtsgerichtet?	41
20. Dummköpfe und nützliche Idioten?	43
21. Gezielt Richtung «internationalem Sozialismus»?	44
V. Wie weiter?	45
22. Auswirkung der Jahrtausendfrage auf die Parteipolitik	45
23. Die innerparteilichen Machtkämpfe sind entscheidend	47
24. Parteimitglieder müssen erkennen, was sich abspielt	48
25. Wirtschaftliche Öffnung ja ...	50
26. ... politische Öffnung nein	51
27. Direkte Demokratie: Das Zukunftsmodell	52
28. Unsere Interessen auf «bilateralem Weg» verteidigen	53
29. Dringend notwendig, das Steuer herumzureissen	54

Vorwort

Die Schweiz – ein eigenwilliges Land

Am 1. August 2003 hat Pro Libertate die Broschüre «Die Schweiz ein eigenwilliges Land» von Dr. Sigmund Widmer (ISBN 3-9521945-4-9) herausgegeben. Der vor rund einem Jahr verstorbene Dr. Sigmund Widmer stellte in seinem historischen Abriss dar, dass unser Land viele Errungenschaften aufweist, die uns von anderen unterscheidet. Es geht aber nicht darum zu prahlen, wir seien besser als andere. Aber wenn es um die Freiheit und Demokratie geht, haben wir «eigenwillige» Lösungen gefunden. Diese will die Schweizerische Vereinigung Pro Libertate auch für kommende Generationen bewahren.

In der nun vorliegenden Broschüre «Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie und unseres Wohlstands» analysiert Nationalrat Luzi Stamm die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit den 90-er Jahren.

Er zeigt auf, dass unser Staatssystem Schweiz bedroht ist, unsere direkte Demokratie ausgehöhlt wird und sich damit die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Schliesslich setzen wir unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit aufs Spiel.

Der Autor ist kein Pessimist. Sondern er zeigt auf, dass unser Land beste Voraussetzungen für eine sichere Zukunft hat. Dafür braucht es aber den politischen Willen und den Mut, als «eigenwilliges Land» die direkte Demokratie und Freiheit zu erhalten.

Wir möchten mit der Publikation einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation in der Schweiz leisten und Sie, liebe Leserinnen und Leser auffordern, sich für die Grundwerte unseres Staatswesens einzusetzen.

Annemarie Bossard
Präsidentin PRO LIBERTATE

Luzi Stamm

geb. 1952, aus Baden,
Rechtsanwalt und Nationalökonom,
seit 1991 für den Aargau im Nationalrat.

Der Autor wohnt mit seiner fünfköpfigen Familie (drei Töchter zwischen 10 und 14) in Baden, wo er ein eigenes Rechtsanwaltsbüro betreibt. Zehn Jahre lang vertrat er in Bern die FDP. Dann trat er aus Gründen, die in dieser Broschüre zur Sprache kommen, zur SVP über. Zurzeit präsidiert er im Nationalrat die Rechtskommission und ist Vizepräsident der Aussenpolitischen Kommission.



Seit vier Jahren verfasst der Autor Publikationen; es erschienen u.a.:

- «Der Kniefall der Schweiz» (über die«Affäre Schweiz–2. Weltkrieg»)
- «Wer hat die Macht in Bern?» (über den Medieneinfluss auf die Politik)
- «Der Inhalt des Bergier-Berichts auf zwanzig Seiten» sowie
«Die zehn Todsünden des Bergier-Berichts».

Die vorliegende Broschüre entstand im August 2003. Für Pro Libertate wurde sie vom Autor überarbeitet und erscheint hiermit als 2. Ausgabe.

Liebe Leserinnen und Leser

Ich wünschte, ich würde mich täuschen

Viele meiner Freunde und Bekannten bedauern, dass die Polarisierung in der Schweizer Politik zunimmt und der Stil härter wird. Aber zu meinem Erstaunen sehen sie nicht, weshalb dies der Fall ist. Das hat mich bewogen, die vorliegende Broschüre zu schreiben.

Grund der Polarisierung ist, dass sich die heutige Schweizer Politik völlig um die Frage «EU-Beitritt Ja oder Nein?» dreht. Bei dieser Frage gibt es keine Mittellösung, sondern nur ein «Ja» oder ein «Nein», womit die Polarisierung automatisch zunimmt. Die Frage ist aktueller denn je. Wer denkt, ein Beitritt sei zur Zeit kein Thema, wird gebeten, diese Broschüre zu lesen.

Die Familie meiner Frau stammt aus dem Kanton Uri. Viele der dortigen CVP-Anhänger sind gegen einen EU-Beitritt, und merken jedoch nicht, wie vehement ihre Parteispitze in Bern einen Beitritt anstrebt. Ähnliches gilt für

die FDP. Als langjähriges Mitglied der FDP Aargau (bis 2001) habe ich miterlebt, dass oft nicht einmal engagierte Parteimitglieder realisierten, dass die eigene Parteispitze mit voller Kraft Richtung Brüssel marschiert. Und selbst in der SP gibt es EU-Beitrittsgegner, die übersehen, dass viele ihrer Parteistrategen ein sozialistisches Gross-Europa im Auge haben und nicht mehr die Interessen unserer Arbeiterschaft vertreten.

Wer denkt, die Schilderungen in dieser Broschüre seien nicht zutreffend oder zu pessimistisch, dem möchte ich antworten: Ich wünschte, ich würde mich täuschen. Aber was das Ziel der massgebenden Führungselite unseres Landes betrifft, dürfte das Sprichwort richtig sein: «Es ist oft nicht schwierig, die Wahrheit zu finden; schwierig ist nur, Leute zu finden, welche die Wahrheit hören wollen.»

Luzi Stamm, Baden, im August 2004

Zusammenfassung:

Mit Beginn des Abstimmungskampfes zum EWR und dem Beitrittsgesuch zur EU, das der Bundesrat im Mai 1992 in Brüssel stellte, war mit einem Schlag das «Thema Europa» auf dem Tisch. Innerhalb kurzer Zeit drängten alle, die in Bern das Sagen haben, Richtung Brüssel.

Ebenfalls seit Beginn der 90er-Jahre läuft die Politik in der Schweiz grundsätzlich schief. Sichtbarstes Zeichen davon sind die riesigen Staatsdefizite, die wir aufgebaut haben. Die Schweiz wird in einem Tempo heruntergewirtschaftet, das noch bis vor kurzem undenkbar schien.

Nur wenige stellen sich die Frage, ob diese beiden Dinge (Drang nach Brüssel und negative Entwicklung) zusammenhängen könnten. Die vorliegende Broschüre legt die Zusammenhänge aus der Sicht des Autors dar. Es wird aufgezeigt, was das «strategische Ziel EU-Beitritt» wirklich bedeutet: In die Schlüsselpositionen werden Beitrittsbefürworter gewählt und in der täglichen Sachpolitik wird die Schweiz systematisch mit der EU gleichgeschaltet, auch wenn dies für unser Land noch so schädlich sein mag. Von den Lastwagenstaus am Gotthard über die Missstände der Einwanderungspolitik bis hin zum Bergier-Bericht oder dem Kauf von Armeetransportflugzeugen haben die täglichen politischen Geschehnisse viel mehr mit dem «strategi-

schen Ziel EU-Beitritt» zu tun, als man ahnen könnte.

Viele Bürgerinnen und Bürger meinen, ein EU-Beitritt habe etwas mit «Öffnung» oder «Friedensförderung» zu tun. Und vor allem übersehen sie, dass ein EU-Beitritt automatisch das Ende der typisch schweizerischen direkten Demokratie wäre. Damit würde die Schweiz die wertvollste Errungenschaft ihrer über 700-jährigen Geschichte verlieren. Mit diesem politischen System ist es unseren Vorfahren innerhalb von nur 100 Jahren gelungen, die Schweiz von einem Armenhaus zum reichsten Land der Welt zu machen. Trotz dieser Errungenschaft sind wir soeben daran, das «Erfolgsmodell Schweiz» abzuschaffen.

Das Ziel eines EU-Beitritts ist überall präsent. Auch die ganze Innenpolitik wird darauf ausgerichtet. Verheerend für unsere Bevölkerung ist dabei der folgende Mechanismus: Je mehr unser Wohlstand auf das Niveau der umliegenden Länder hinuntergewirtschaftet wird, desto leichter kann die Schweiz in die EU geführt werden. Genau diese Entwicklung ist im Gange. Seit Beginn der 90er-Jahre wird unser Wohlstand zerstört. Vor allem die Masseneinwanderung von Menschen mit wenig oder gar keiner beruflichen Bildung oder mangelhafter Arbeitsmentalität führt unweigerlich zu einem wirtschaftlichen Abstieg.

Unsere Bevölkerung macht diese Entwicklung nur mit, weil sie irreführt wird. Aus den Medien erhält sie ein falsches Bild, weil fast alle massgebenden Medienvertreter einen Beitritt befürworten und deshalb nicht aufzeigen, was sich wirklich abspielt. Und nicht einmal unsere Landesregierung klärt den Bürger auf, weil sie selbst seit 1992 an vorderster Front nach Brüssel drängt.

Wer der EU beitreten will, hat die Freiheit, diese Meinung zu haben und zu vertreten. Wer dagegen ist, muss aktiv werden. Der Weg führt unweigerlich in die EU, wenn nicht über die Parteigrenzen hinweg all diejenigen zusammenarbeiten, welche die Nivellierung der Schweiz nach unten bekämpfen und

unser Land als selbständige direkte Demokratie erhalten wollen. Dabei muss das Motto lauten: «Wirtschaftliche Öffnung ja, politische Öffnung nein!» Wir brauchen schikanefreien Zugang zum EU-Markt (und zum Weltmarkt), nicht die Eingliederung in die werdende Weltmacht EU. Dies muss mit vorteilhaften bilateralen Verträgen sichergestellt werden, die nicht durch Leute ausgehandelt werden dürfen, die persönlich in die EU streben.

Die Hoffnung bleibt: Es sollten sich in unserem Land doch noch genug Gruppierungen und Persönlichkeiten finden lassen, die bereit sind, dafür zu kämpfen, dass unsere weltweit einmalige direkte Demokratie unseren Nachkommen erhalten bleibt.

I. Die Bevölkerung übersieht das Wichtigste

1. Die «Jahrtausendfrage»

«EU-Beitritt Ja oder Nein?» Das ist die Schicksalsfrage für unser Land. Sie ist unvergleichbar wichtiger als jedes politische Tagesgeschäft.

EU-Beitritt Ja oder Nein? Selbständiger Kleinstaat oder Anschluss an die werdende Grossmacht EU (Europäische Union)? Beibehaltung oder Auflösung unseres bisherigen politischen Systems? Gesetze für sieben Millionen oder für über eine halbe Milliarde Menschen? EU oder direkte Demokratie? Entweder – oder, beides zusammen ist nicht möglich!

Das Schicksal hat uns nach dem Fall der Berliner Mauer die wichtigste Frage in die Hände gespielt, die sich unserem Land in seiner über 700 Jahre langen Geschichte je gestellt hat. Entsprechend gross ist die Verantwortung der heutigen Politikergeneration.

Alles wird zu Beginn des angebrochenen Jahrtausends durch diese Frage geprägt. Alles wird durch sie dominiert, alles wird ihr untergeordnet. In den täglichen politischen Diskussionen mögen die massgebenden Politikerinnen und Politiker noch so viele Dinge in Aussicht stellen, von möglichst tiefen (Mehrwerts-)Steuern bis zur Beibehal-

tung des Bankkundengeheimnisses. Sie werden ihre Haltung letztlich der Frage unterordnen (müssen), ob sie der EU beitreten wollen oder nicht.

2. Die Abschaffung der direkten Demokratie

Die Frage ist für uns vor allem deshalb so entscheidend, weil sich eine direkte Demokratie nach Schweizer Muster und ein EU-Beitritt gegenseitig ausschliessen¹. Das ist unmittelbar logisch: Für ein übergeordnetes Gebilde wie die EU, das für seine Mitgliedsländer verbindliche Vorschriften erlässt, ist unsere direkte Demokratie wie eine Faust aufs Auge. Die EU wird niemals tolerieren können, dass in einem Mitgliedstaat 100'000 Bürgerinnen und Bürger zu jedem Thema Unterschriften sammeln und – wenn an der Urne eine Mehrheit zusammenkommt – eine abweichende Lösung durchsetzen können.

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie, wie es sie sonst nirgends auf der Welt gibt. Unsere Bevölkerung kann (vor allem mit der Volksinitiative, d.h. mit 100'000 Unterschriften) zu jedem beliebigen Sachthema eine Abstimmung erzwingen und somit der Politikerelite auch gegen deren Willen eine andere Marschrichtung aufzwingen. Das ist – was oft übersehen wird – der fundamentale Unterschied zu allen anderen modernen Ländern, die nur re-

¹ Vgl. dazu ausführlicher die beiden Beiträge: «Abschaffung der direkten Demokratie bei einem EU-Beitritt, ja oder nein?» sowie «Wenn Schulkinder die Wahrheit nicht mehr sehen» unter www.luzi-stamm.ch.

präsentative Demokratien sind. In diesen kann das Volk nur die Politiker (seine «Repräsentanten») wählen, nicht aber über Sachthemen abstimmen.

Im Augenblick, in dem die Schweiz der EU beiträte, würde zum Beispiel unsere Mehrwertsteuer auf 15 Prozent hinaufspringen (heute 7,6 Prozent). Die Schweizerinnen und Schweizer könnten zwar 100'000 (oder 500'000 oder gar eine Million) Unterschriften sammeln, aber sie könnten die Mehrwertsteuer nicht einmal mehr auf 14 Prozent hinunterdrücken.

Wie stark der Einfluss unserer Bevölkerung bei einem EU-Beitritt verloren ginge, legte Alt-Nationalrat Heinz Alenspach (ehem. Direktor des Zentralverbandes Schweiz. Arbeitgeberorganisationen) schon 1996 dar: «50 Prozent der innen- und 70 Prozent der wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden in Brüssel gefällt. Diese Aussage stammt laut NZZ von Ministerpräsident Clement (Wolfgang Clement, damals Nordrhein-Westfalen). In der Schweiz hingegen behaupten Bundesrat und EU-Enthusiasten nach wie vor, ein EU-Beitritt der Schweiz würde unsere direkte Demokratie nur «minimal beeinträchtigen». Und laufend werden zusätzliche Kompetenzen von den Mitgliedsländern auf die EU übertragen!

Die Mitsprache der Schweizer Bevölkerung würde also nach einem Beitritt fortlaufend zurückgedrängt, in einem Ausmass, wie dies im Moment des Beitritts niemand beurteilen kann; auch Fachleute nicht.

Zu Recht schrieb der Historiker und Publizist Markus Kutter schon vor bald zehn Jahren kurz und bündig: «Die direkte Demokratie Schweiz passt in ihren föderalistischen Strukturen nicht in das System der repräsentativen Demokratie, wie sie in Europa herrscht» («Doch dann regiert das Volk», 1996).

3. Macht von der Bevölkerung in die Hände der Politiker

In der Politik geht es immer um Entscheidungsgewalt, also um Macht; von der Gemeindepolitik bis hinauf zur Weltpolitik. Von «wo darf eine Gemeindestrasse verlegt werden?» bis hinauf zur Frage, «wann darf eine Weltregierung einzelne Länder militärisch attackieren?»; immer geht es darum, wer welche Kompetenzen erhält. Wer ist zuständig wofür?

Und so ist auch die Frage «EU-Beitritt Ja oder Nein?» in weitaus erster Linie eine Frage der Macht. Alle anderen Begründungen eines Beitritts sind – so gut sie teilweise gemeint sind (z.B. die EU sei ein grosses Friedensprojekt?) –

² Vgl. «Zehn Gründe für und gegen einen EU-Beitritt» unter www.luzi-stamm.ch. Wer die EU als «Friedensprojekt» sieht, muss sich fragen lassen, was dies mit der Beitrittsfrage der Schweiz zu tun haben soll. Auch wer z.B. den USA zugestehen möchte, sie seien friedensfördernd, muss sich noch längst nicht zum Ziel setzen, den USA als Bundesstaat beizutreten.



«In Brüssel bestimmen Politiker, nicht Völker.»

von untergeordneter Bedeutung. Mit «Öffnung» hat ein Beitritt überhaupt nichts zu tun³.

Bezüglich Verlust der Macht würde ein EU-Beitritt für die Schweiz ein Problem bringen, wie für kein anderes Land sonst. Als normale Folge würde erstens – wie bei allen anderen EU-Mitgliedstaaten auch – Macht vom eigenen Land auf die EU übertragen: Die Entscheide würden nicht mehr von den Politikerinnen und Politikern in Bern gefällt, sondern von denjenigen in Brüssel. Als spezielle Folge würde aber zweitens – wie nirgends sonst – Macht von der Bevölkerung (nämlich vom Schweizer Volk) an eine kleine Politikerelite hinaufdelegiert. In der Schweiz entscheidet wegen der direkten Demokratie das Volk, in Brüssel hingegen bestimmen Politikerinnen und Politiker, nicht das Volk.

Man muss nur die Zeitungen lesen, um zu sehen, dass es tatsächlich um Macht geht, von der Aargauer Zeitung bis zum SonntagsBlick⁴. Für die Mächtigen ist und war Macht in den Händen der Bevölkerung schon immer störend. Wer eine Chance sieht, zum exklusiven Zir-

kel der Macht zu gehören, will sich von der einfachen Bevölkerung kaum Vorschriften machen lassen. Wer die Welt vereinheitlichen und die nationalen Unterschiede ausmerzen will, empfindet eine direkte Demokratie als Stachelschwein, das es zu eliminieren gilt. Er kann kein Land brauchen, das einen «Risikofaktor» bildet, weil man nie weiss, wie die Bevölkerung abstimmen wird.

4. Was Rang und Namen hat, ist für einen EU-Beitritt

In Anbetracht der gewaltigen Konsequenzen eines EU-Beitritts ist es erstaunlich, wie schnell sich die Kräfte, die in Bern das Sagen haben, für einen EU-Beitritt entschieden haben.

Das gilt vorab für den Bundesrat, der schon im Mai 1992 in Brüssel ein Beitritts-gesuch stellte, ohne dass darüber vorher eine öffentliche Debatte stattgefunden hätte. Es gilt aber auch für alle grösseren politischen Parteien mit Ausnahme der SVP: Die SP befürwortete das Beitritts-gesuch des Bundesrats von Anfang an. Die FDP sprach sich 1995 in Interlaken für das strategische Ziel eines Beitritts aus⁵. Die CVP folgte mit

³ Eine «Öffnung» findet so oder so statt, es fragt sich nur wie. Weltoffenheit bedeutet sicher nicht Beitritt zu einer werdenden Grossmacht. Wahre Weltoffenheit würde bedeuten, gegenüber der ganzen Welt gleich offen zu bleiben.

⁴ Zwei Beispiele von unzähligen: Aargauer Zeitung vom 19.4.2003: «Die EU als machtvoller «Player» auf der Bühne der Weltpolitik ist wichtiger und nötiger denn je». SonntagsBlick vom 15.6.2003: «Die USA benötigen demokratische Konkurrenz. Und dafür kommt nur Europa in Frage. Es bedarf der aussenpolitischen Macht, gestützt auf autonome europäische Militärmacht» (verbunden mit der Forderung, die Schweiz müsse deshalb der EU beitreten).

⁵ Durchsetzen konnte sich die Gruppe um den damaligen FDP-Vizepräsidenten Peter Tschopp, Genf, der schon vorher mit der Forderung «Wir brauchen eine Koalition von FDP und SP» für Aufsehen gesorgt hatte (Cash vom 5.5.1995).

ihrem Beschluss 1998 in Basel (mit einer erdrückenden Mehrheit von 411 zu 38 Stimmen).

Die Haltung der SP war zu erwarten. Für den harten Kern der Sozialisten zählte schon immer nur der «internationale Sozialismus», nicht einzelne Staaten; Endziel ist «die Internationale», nicht die Schweiz⁶. Erstaunlicher ist, dass die Spitzen von FDP und CVP einen Beitritt anstreben. Früher befürworteten alle Bürgerlichen einen «Wettbewerb der Systeme», bei dem die einzelnen Staaten in freiem Wettbewerb der Ideen das für sie beste politische System bilden können. Vor allem aber standen sowohl die FDP wie auch die CVP bedingungslos hinter der direkten Demokratie. Mit ihrer EU-Beitrittsstrategie machten beide Parteien eine kapitale Kehrtwende⁷.

Wie stark die Politikerelite nach Brüssel drängt, geht z.B. aus der «grossen NEBS-Umfrage» der «Neuen Europäischen Bewegung Schweiz» (NEBS)

vor den Parlamentswahlen 1999 hervor. Die NEBS frohlockte damals nach der Befragung sämtlicher 2'931 Kandidatinnen und Kandidaten, die nach Bern gewählt werden wollten, «sagenhafte 98% der Sozialdemokraten (SP), 82% der Christdemokraten (CVP) und 75% der Freisinnigen (FDP) sind für den Beitritt»⁸. Selbstverständlich gibt es auch in diesen drei Parteien reihenweise Mitglieder, die gegen einen EU-Beitritt sind, vor allem bei CVP und FDP. Aber ihre entscheidenden Repräsentanten sind praktisch durchs Band weg für einen Beitritt.

Man beachte, dass gemäss dieser Umfrage in der Legislaturperiode 1999 bis 2003 im Parlament nur gerade zwei Vertreter aus der Welschschweiz und nur gerade drei Frauen Einsitz nahmen, die sich gegen einen EU-Beitritt aussprachen! Eigentlich ist es unglaublich, dass es bei den massgebenden Vertretern der Welschschweiz und bei den Frauen offensichtlich praktisch niemanden mehr gibt, der die typisch

⁶ Ruth Dreifuss: «Es ist eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht. Ich persönlich hoffe, dass über die Staaten hinweg ein neuer, europäischer Überbau entsteht. Ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit als Staat überlebt, ist mir selber nicht so wichtig» (Publikation «Abenteuer Schweiz», Migros GB 1991). Das entspricht der klassischen sozialistischen Grundhaltung: Das Schicksal des eigenen Landes ist «eigentlich unwesentlich», wichtig ist der internationale «Überbau». Vgl. auch: «Sozialisten geben zu, Ziele via EU-Beitritt anzustreben» unter www.luzi-stamm.ch.

⁷ Diese Kehrtwende veranlasste mich, die FDP 2001 zu verlassen. Jahrelang hing in meinem Büro der Grundsatz aus der «Werbebroschüre 1995» der FDP-Schweiz, die festhielt, als tolerante Partei respektiere sie auch abweichende Meinungen: «Nur in einem Punkt kennt die FDP kein Pardon: In der Überzeugung, dass in der Demokratie immer die Mehrheit entscheiden muss». Den eisernen Grundsatz, dass immer die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung entscheiden muss, hat die FDP-Spitze über Bord geworfen: Nach ihrem strategischen Ziel würden künftig Politikergremien in Brüssel entscheiden.

⁸ Siehe die Resultate der «NEBS-Umfrage» unter www.luzi-stamm.ch. Die Umfrage wies eine hohe Rücklaufquote der Fragebogen von 73 % auf. Von den Gewählten stimmten nur zwei welsche Vertreter gegen den Beitritt (Serge Beck, Lib. VD; und Jean Fattebert, SVP VD) sowie nur drei Frauen (Lisbeth Fehr, SVP ZH; Dorle Vallender, FDP AR; und Elvira Bader, CVP SO).

schweizerische direkte Demokratie bewahren will.

5. Die Bevölkerung meint, ein Beitritt sei zur Zeit kein Thema

Zahlreiche Schweizerinnen und Schweizer meinen, ein EU-Beitritt sei zurzeit kein Thema mehr. Sie täuschen sich gewaltig.

Die massgebenden Kräfte in Bern verfolgen das Ziel eines EU-Beitritts mehr denn je. Das Problem liegt aber darin, dass sie dies dem Volk verheimlichen und mit verdeckten Karten spielen. Vor allem aus dem Ergebnis der Volksabstimmung «Ja zu Europa» vom 4.3.2001 haben sie ihre Lehren gezogen⁹: Da damals ein sofortiger Beitritt mit 76,8% wuchtig verworfen wurde, haben sie Angst, dass sie vom Volk (via Volksinitiativen oder durch Wegwahl der Parlamentsmitglieder) gebremst werden, wenn sie ihre wahren Beitrittsabsichten offen legen. Seit Jahren gilt die Strategie, die von der NZZ am Sonntag im Titel ihres Artikels vom 19.1.2003 richtig zusammengefasst wurde: «FDP und CVP scheuen die Beitrittsdebatte. Nur nicht von Europa reden, lautet die Devise».

Was sich abspielt, lässt sich vielleicht am besten durch einen Vergleich der beiden Bundesräte Joseph Deiss (CVP)



Am 4.3.2001 (Volksabstimmung «sofortiger EU-Beitritt») wollten sich die Schweizer nicht rupfen lassen.

und Pascal Couchepin (FDP) darstellen. Bundesrat Deiss erklärte noch am Abstimmungstag unmittelbar nach dem «Nein» zur erwähnten Abstimmung vom 4.3.2001 – wie auch nach der Abstimmung über die «Bilateralen Verträge I» im Mai 2000 – in aller Öffentlichkeit unbeirrt, dieses «Nein» ändere überhaupt nichts an der Marschrichtung des Bundesrats in die EU. Dies wurde ihm (begreiflicherweise) übel genommen, auch wenn ihm immerhin hoch anzurechnen wäre, dass er wenigstens die wahren Absichten offen aussprach. Viel kritikwürdiger ist die Haltung von Bundesrat Pascal Couchepin, der als die dominante Figur der heutigen FDP zwar mindestens ebenso stark in die EU strebt wie Joseph Deiss, der aber unentwegt erklärt, «zurzeit» sei ein Beitritt kein Thema. Gefährlich sind diejenigen, die sich (sinngemäss)

⁹ Diese Volksinitiative beinhaltete den entscheidenden Satz: «Die Schweiz beteiligt sich am Europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur EU an.» Für viele Beitrittsbefürworter war das Abstimmungsergebnis ein Schock. Viele von ihnen wurden sich erst in diesem Moment bewusst, wie stark die Opposition gegen einen EU-Beitritt in der Bevölkerung ist.

sagen: «So plump wie Bundesrat Deiss laufen wir nicht ins offene Messer. Selbstverständlich segeln auch wir mit voller Kraft weiter Richtung Brüssel. Aber seit der Abstimmung vom 4.3.2001 haben wir begriffen, dass das widerspenstige und uneinsichtige Volk noch einige Jahre bearbeitet werden muss, bis es für einen EU-Beitritt «weichgeklopft» ist.»

6. Systematische Abschaffung der «Beitritts Hindernisse»

Während die massgebenden EU-Beitritts-Befürworter so tun, als wäre ein EU-Beitritt zurzeit kein Thema, unternehmen sie hinter den Kulissen alles, um die Schweiz «beitrittsfähig» zu machen.

Systematisch schaffen sie die «Beitritts Hindernisse» ab, d.h. sie schalten laufend unsere Gesetze und Rahmenbedingungen der EU gleich, um möglichst alle Unterschiede zu eliminieren. Dabei reden sie dauernd von einem «autonomen Nachvollzug», was heissen soll, die Schweiz sei ohnehin laufend gezwungen, Gesetze der EU zu übernehmen. Das ist jedoch nicht wahr. Von Übernehmenmüssen kann keine Rede sein. Denn bei jedem Sachgebiet wäre es uns freigestellt, bessere Regelungen als in der EU beizubehalten oder neu einzuführen. Das Problem liegt nur darin, dass jedoch die Beitrittsstrategen konsequent die Regeln

gen der EU übernehmen wollen, um alles gleichzuschalten. Der angeblich aufgezwungene «autonome Nachvollzug» ist für sie logischer Teil ihres strategischen Ziels.

Selbstverständlich gibt es viele Bereiche, bei denen es im Interesse unseres Landes liegt, Regelungen der EU zu übernehmen, wenn diese (z.B. bei neuen technischen Entwicklungen) bereits sinnvolle Gesetze erlassen hat. Aber was in Bern geschieht, ist etwas ganz anderes. Die massgebenden Beitrittsbefürworter «harmonisieren» zielbewusst alle heiklen Gebiete¹⁰, die einem Beitritt im Wege stehen und die bei einer späteren EU-Beitrittsabstimmung Probleme bereiten könnten. Das sind zwangsläufig diejenigen Fälle, bei denen die Schweiz (noch) bessere Rahmenbedingungen besitzt als die EU: Diese Art von «autonomen Nachvollzug», also die gezielte Eliminierung unserer vorteilhafteren Rahmenbedingungen zu Gunsten einer Gleichschaltung mit der EU, ist für unser Land extrem schädlich.

In der Frankfurter Rundschau vom 2.3.2001 äusserte sich Bundesrat Moritz Leuenberger kurz und bündig, mit unüberbietbarer Klarheit: «Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher kann der EU-Beitritt später vollzogen werden». Leider äussert er sich in der Schweiz nicht mit einer solchen Offenheit.

¹⁰ Paradebeispiele sind die Aufhebung der 28-Tonnen-Limite für Lastwagen und die Einführung der Personenfreizügigkeit (siehe Kapitel 10 und 12).

7. Es kommt nur auf das strategische Ziel an

Man darf sich keine Illusionen machen: Diejenigen Leute wollen in die EU, die landauf, landab betonen, «zurzeit», «jetzt», «heute», «vorläufig», «in den nächsten Jahren», «in der laufenden Legislaturperiode», «in diesem Jahrzehnt» käme ein Beitritt nicht in Frage¹¹. Sie wollen nur den passenden Moment abwarten, bis die Bevölkerung so weit gebracht ist, dass in einer Abstimmung ein «Ja» zu einem EU-Beitritt absehbar ist.

Man beachte, wie vor allem nach dem 4.3.2001 (Ablehnung der Initiative «Ja zu Europa») reihenweise erklärt wurde, die Schweizer Bevölkerung sei «noch nicht so weit», es müsse «noch viel Überzeugungsarbeit gemacht werden», die Schweiz müsse noch «ihre Hausaufgaben machen», bevor ein Beitritt in Frage komme. Wer so spricht, hat a priori den Beitritt im Kopf. In der Schweiz braucht es keine «Überzeugungsarbeit», um das Volk zu bearbeiten, gefragt wäre vielmehr ehrliche Information gegenüber der Bevölkerung.

Viele Bürgerinnen und Bürger unterscheiden zwischen denjenigen Politikerinnen und Politikern, die der EU beitreten wollen, und denjenigen, die zuwarten wollen. Diese Unterscheidung ist jedoch fehl am Platze. Wenn jemand

zuwarten will, heisst dies natürlich noch keineswegs, dass er sein Ziel aufgegeben hat (vgl. auch Fussnote 56). Ob jemand der EU jetzt oder erst in einigen Jahren beitreten will, ist gleichgültig. Ein Beitritt stellt für die mehrhundertjährige Geschichte unseres Landes einen derartigen Einschnitt dar, dass es auf zehn Jahre hin oder her nicht im Geringsten ankommt.

Die Gegenspieler der Beitrittsstrategen sind diejenigen, die das «Ziel, der EU fernzubleiben» verfolgen; sicher nicht diejenigen, die einfach zuwarten wollen. Nur eine Frage ist entscheidend: Wer verfolgt das «strategische Ziel, beizutreten», und wer verfolgt das «strategische Ziel, nicht beizutreten»? Wenn die Bevölkerung meint, massgebende Leute seien gegen einen Beitritt eingestellt, nur weil sie von Zuwarten sprechen, so werden sie ausgerechnet bei der weitaus wichtigsten politischen Frage, die sich unserem Land je stellte, irregeführt. Das ist fatal.

II. Das strategische Ziel

8. Die Tragweite des Ausdrucks «strategisches Ziel»

Die meisten Leute sind sich der Tragweite des Ausdrucks «Strategie» überhaupt nicht bewusst. Sie machen sich

¹¹ Man nehme an, ein Pensionierter würde gefragt, ob er ins Ausland umziehen wolle. Wenn er antwortet «nicht jetzt», «nicht nächstes Jahr», «nicht in den nächsten vier Jahren», so heisst dies, dass er zwar Pläne hat, auszuwandern, nur stimmt für ihn der Zeitpunkt noch nicht. Wer den Lebensabend in der Schweiz verbringen will, beantwortet die Frage kurz und bündig mit «nein».

keine Gedanken, was es konkret bedeutet, wenn unsere höchsten Politikerinnen und Politiker die Strategie eines EU-Beitritts verfolgen.

Es mag schwer zu beurteilen sein, was andere im Schilde führen, wenn sie von Strategie reden. Aber ich kann sehr gut beurteilen, was ich tun würde, wenn ich das «strategische Ziel EU-Beitritt» verfolgen würde: Einerseits würde ich nur Leute um mich scharen und in Schlüsselpositionen wählen, die dasselbe Ziel verfolgen. Andererseits würde ich auf allen Sachgebieten die täglichen Entschiede konsequent meinem strategischen Ziel unterordnen.

Ich hätte als EU-Beitrittsbefürworter zum Beispiel angestrebt, die 40-Tonnen-Limite für Lastwagen und die Personenfreizügigkeit (respektive eine möglichst «liberale» Einwanderung) einzuführen. Ich würde versuchen, die Grenzkontrollen abzuschaffen (via «Bilaterale Verträge II», d.h. via «Schengenbeitritt»), die automatische Einbürgerung einzuführen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die Landwirtschaft zu «harmonisieren», das Bankgeheimnis auszuhöhlen (ebenfalls via «Bilaterale Verträge II»), die Armee «eurokompatibel» zu gestalten, die Sicherheitsorgane zu schwächen (damit – wie am G-8-Gipfel 2003 – ausländische Polizisten benötigt werden), mehr Kompetenzen an die Gerichte zu übertragen (die Volksrechte zu «verwesentlichen»), eine «Regierungsreform» durchzuführen (um Bundesräte für künftige Arbeiten in Brüssel zu entlas-

ten), und so weiter und so fort. Auf einen Nenner gebracht: Ich würde all das tun, was sich in Bern abspielt, respektive in den letzten Jahren abgespielt hat.

Und ich würde – falls ich ein Befürworter eines EU-Beitritts wäre – zwei Überlegungen machen, die für unser Land besonders gefährlich sind:

– Erstens würde ich mir sagen, dass unsere Bevölkerung nicht bereit sein wird, die Selbständigkeit der Schweiz aufzugeben, so lange sie überzeugt ist, dass unsere direkte Demokratie einen Sonderfall darstellt, der weltweit bewundert wird. Wenn nicht dieser gute Ruf zerstört und dem Bürger das «Sonderfalldenken» ausgetrieben werden kann, werde ein EU-Beitritt kaum möglich sein.

– Und zweitens würde ich mir sagen, dass die Bevölkerung gegen einen Beitritt stimmen wird, so lange sie in wesentlich grösserem Wohlstand lebt als die Menschen jenseits der Landesgrenze. Also kann so lange keine EU-Beitrittsabstimmung gewonnen werden, bis der Wohlstand unserer Durchschnittsbevölkerung auf das Niveau der umliegenden Länder gesenkt worden ist.

In der Genfer Tageszeitung Tribune de Genève erschien nach dem Beitritt der zehn neuen EU-Staaten (1. Mai 2004) eine Karikatur. Darin wurde ein kleiner Schweizer Bauer mit seinem Sennen-käppi von seinem übermächtig grossen Gesprächspartner aus einem östlichen Beitrittsstaat gefragt, wann

denn die Schweiz endlich beitreten werde. Das kleine Schweizer Mannli antwortete kurz und bündig: «Sobald wir arm genug sind!». Das trifft den Nagel auf den Kopf. Auch die Beitrittsstrategen werden davon ausgehen, dass sie ihr Ziel erst dann erreichen können, wenn der Wohlstand der einfachen Bevölkerung auf denjenigen der umliegenden Staaten hinuntergefahren worden ist.

Allerdings ist es gar nicht so einfach, den Wohlstand einer Bevölkerung mit gesunder Arbeitseinstellung zu senken. Mit einer Strategie aber lässt sich dieses Ziel mit Sicherheit erreichen: Mit einer Masseneinwanderung aus rückständigen Ländern, in denen eine andere Arbeitsmentalität herrscht und in denen die Menschen aus historischen Gründen gelernt haben, vom Staat zu profitieren, also den Staat «auszunehmen».

Wurde in den letzten Jahren nicht genau diese Strategie verfolgt? Kam den Strategen die Diskussion «Schweiz – Zweiter Weltkrieg» zur Zerstörung des guten Rufs unseres Landes gerade recht? Wurde die ruinöse Masseneinwanderung, die wir uns seit Beginn der 90er-Jahre leisten, absichtlich durchgedrückt, obwohl sie allen ökonomischen

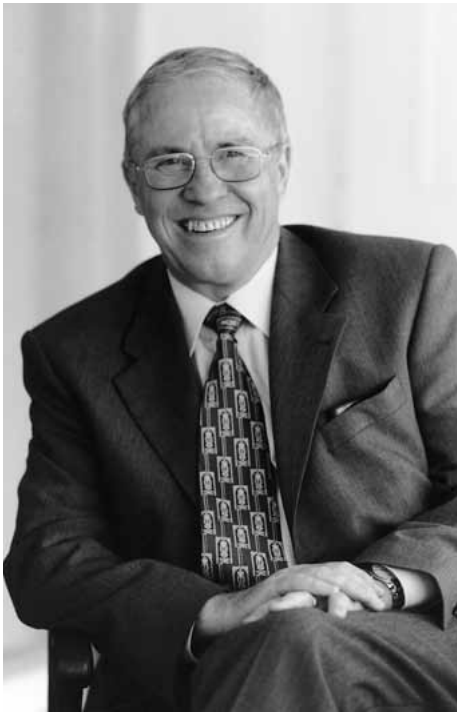
Grundregeln widerspricht? Wurde dabei jeder, der sich gegen diese unsinnig «liberale» Einwanderungspolitik zu wehren versuchte, als «Rassist» mundtot gemacht? Sollte dies tatsächlich die Strategie gewesen sein, so haben die Strategen ganze Arbeit geleistet: Ruf und Wohlstand der Schweiz gingen in jüngster Zeit in nicht für möglich gehaltenem Tempo bergab.

9. Personalpolitik: Nur Linientreue wurden gewählt

Wer sich vor Augen hält, wer in den letzten zwölf Jahren in Bundesbern wohin gewählt (oder ernannt) wurde, kommt zwangsläufig zum Schluss, dass ab 1992 systematisch EU-Beitrittsbefürworter in die wichtigen Positionen befördert wurden (oder zumindest solche, die das strategische Beitrittsziel nicht bekämpfen). Oder wo waren (bis zur überraschenden Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003) Leute an wichtigen Posten anzutreffen, welche die langfristige Strategie verfolgen, der EU nicht beizutreten?

Die Personalpolitik der EU-Beitrittsstrategen war derart erfolgreich, dass sogar jene Leute, welche die bilateralen Verträge mit der EU ausgehandelt haben, besonders energische EU-Beitrittsbefürworter sind¹². Man muss sich

¹² Das gilt sogar für den Chefunterhändler der «Bilateralen Verträge I», Jakob Kellenberger (heute Chef des Internationalen Roten Kreuzes), der an vorderster Front für einen Beitritt kämpft: Eben erst hat er (im Frühling 2004) als «Erstunterzeichner» ein «Manifest für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU» unterzeichnet, mit dem ein neuer Anlauf für einen möglichst raschen Beitritt angestrebt wird. Jakob Kellenberger hätte mit den EU-Vertretern mit Sicherheit anders verhandelt, wenn er persönlich nicht ein solch ausgesprochener Beitrittsbefürworter wäre.



Endlich ist die Stimme jener, die sich für unsere Unabhängigkeit einsetzen und gegen einen EU-Beitritt, auch im Bundesrat vertreten.

das vorstellen: Da werden Verträge von kapitaler Tragweite von Leuten ausgehandelt, die ihr persönliches Beitrittsziel im Hinterkopf haben. Das ist, wie wenn der Metzgermeisterverband zur Vertretung seiner vitalsten Interessen Vegetarier an die Verhandlungsfront schicken würde! Wie soll jemand die Interessen einer souveränen, selbständigen Schweiz gut vertreten können, wenn sein politisches Lebensziel darin besteht, unser Land eines Tages in der EU zu sehen?

Wie erfolgreich die «personelle Strategie» verfolgt wird, zeigt nicht zuletzt die Zusammensetzung des Bundesrats. Vielen Bürgerinnen und Bürgern war es gar nicht bewusst, dass zwar wohl mehr als 50 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer der EU fernbleiben möchten, dass diese aber in der Landesregierung bis zum 10. Dezember 2003 nicht vertreten waren. Denn bis zu der jüngsten Bundesratswahl hatte seit Beginn der EU-Beitrittsdebatten (1992) niemand eine Chance gehabt, in den Bundesrat gewählt zu werden, wenn er die Strategie verfolgte, der EU fernzubleiben.

Im direkten Gespräch wurde gelegentlich offen zugegeben, wo der Grund dafür lag. Zitiert sei aus einer Diskussionsrunde am welschen Fernsehen¹³. Der Vertreter der CVP erklärte beim Gespräch über die Kräfteverhältnisse im Bundesrat: «Was wichtig ist, ist unsere Situation im Verhältnis zu Europa. Wenn man zwei echte – ich betone «echte» – SVP-Mitglieder in den Bundesrat wählt, wird dieses Gremium total gelähmt. Wenn das Volk die SVP als stärkste Partei wählt, dann ist es nicht mehr möglich, mit der Zauberformel weiterzufahren. Wenn die Konkordanz und die Eintracht verloren gehen, wenn stattdessen Diskordanz und Zwietracht herrschen, dann kann man keine Koalitionsregierung mehr machen, dann kann man überhaupt nichts mehr machen.»

¹³ An der Gesprächsrunde «Droit de cité» vom 15.12.2002 nahmen teil: Christiane Langenberger, FDP; Jacques Neiryneck, CVP; Pierre-André Gentil, SP; Josef Zisyadis, PdA sowie ich als Vertreter der SVP.

Man muss sich die Tragweite dieser Aussage vor Augen halten. Da mit dem Ausdruck «echte SVP-Vertreter» natürlich diejenigen gemeint sind, die sich gegen einen EU-Beitritt engagieren, heisst dies im Klartext Folgendes: Wer in der wichtigsten Frage in der Geschichte unseres Landes ein «Nein» vertritt, soll im obersten Gremium unseres Landes nichts zu suchen haben, weil er dort einen Fremdkörper darstellt. Es soll kein EU-Beitrittsgegner in die Regierung gewählt werden können, damit der Bundesrat funktionsfähig bleiben könne! Das ist die Mentalität, die jahrelang vorherrschte.

Seit dem 10. Dezember 2003 sind nun aber endlich auch die EU-Beitrittsgegner im Bundesrat vertreten, womit der unhaltbare Zustand beseitigt ist, dass ein Grossteil unserer Bevölkerung ausgerechnet in der weitaus wichtigsten politischen Frage von der Regierung ausgeschlossen ist. Noch heute haben allerdings die Beitrittsbefürworter eine zuverlässige Mehrheit im Bundesrat, vor allem deshalb, weil Bundesrat Pascal Couchepin hinter den Kulissen seit jeher ein besonders energischer Anhänger eines EU-Beitritts ist. Selbst wenn Bundesrat Samuel Schmid zusammen mit den neu gewählten Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz das strategische Ziel «Nichtbeitritt» einschlägt, wird im Bundesratsgremium keinesfalls eine Mehrheit gegen einen Beitritt zu erreichen sein.

10. Sachpolitik: Gleichschaltung, koste es was es wolle!

Bei den politischen Sachthemen wird eine Politik der Gleichschaltung mit der EU betrieben, selbst wenn dies für die Schweiz extrem nachteilig ist. Als Beispiel sei an dieser Stelle die Verkehrspolitik dargestellt. Zwar sind die Nachteile auf anderen Gebieten teilweise noch grösser, beim Strassenverkehr sind sie jedoch am besten sichtbar. Dort steht das Resultat der verfehlten «Öffnungspolitik» sozusagen als Mahnmal in der Landschaft, nämlich in Form von Lastwagenkolonnen.

Der Verkehr wurde mit der EU im Rahmen der «Bilateralen Verträge I» (mit den weitaus wichtigsten Dossiers Verkehr und Personenfreizügigkeit) harmonisiert. Nationalrat Marc Suter, Präsident der «Neuen Europäischen Bewegung Schweiz», gab offen zu, dass mit diesen Verträgen angestrebt wurde, den EU-Beitritt zu erleichtern: «Für die Pro-Europäer baut ein Ja zu dem freien Personenverkehr und dem Landverkehrsvertrag zwei wesentliche Hindernisse ab, die uns dann bei der Beitrittsabstimmung keine Bauchschmerzen mehr bereiten dürften» (Zeitschrift Courage 10.2.2000).

Man beachte die Ausgangslage anfangs der 90er-Jahre: Damals wurde bei den Diskussionen im Parlament um die allfällige Öffnung für 40-Tonnen-Lastwagen die folgende Statistik (als A-4-Grafik) herumgereicht, die sich noch auf die 80er-Jahre bezog:

Umfahrung Schweiz im Strassentransit (1985)

Transitachse	Potentieller Transit	Effektiver Transit
Schweiz	15 Mio. Tonnen	1 Mio. Tonnen
Brenner	7 Mio. Tonnen	16 Mio. Tonnen
Mont-Blanc / Mont-Cenis / Fréjus	6 Mio. Tonnen	11 Mio. Tonnen

Nur eine Million Tonnen durch unser Land, 16 Millionen Tonnen durch den Brenner! Jedes Kind musste aufgrund solcher Zahlen sehen, was der Schweiz droht («potentieller Transit»), wenn die Grenzen für die 40-Tönnner (zu einem Schundpreis) geöffnet würden. Weshalb haben unsere Verantwortlichen genau das getan? Die einzig sinnvolle Erklärung ist, dass sie die Gleichschaltung mit der EU im Hinterkopf gehabt haben.

Aufgrund der geographischen Lage hat die Zentralschweiz während Jahrhunderten zu einem wichtigen Teil vom Alpentransport gelebt, der Arbeit, Verdienst und Überleben im alpinen Gebiet brachte. Und nun hätte der Gotthard-Transitverkehr für die Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts im wahrsten Sinne zum «Huhn, das goldene Eier legt» werden können. Wir hätten ganz einfach im Grundsatz an der 28-Tonnen-Limite festhalten können, und gleichzeitig der EU 40-Tonnen-Durchfahrten zu einem hohen Preis (800.–, 1'000.–, 1'200.– oder sogar noch mehr) bewilligen können. Flexible Preisfestsetzungen hätten – nebst Dutzenden von Milliarden Franken – zusätzlich den Vorteil gebracht, dass

wir via Preiserhöhungen relativ leicht hätten steuern können, wie viel Verkehr auf die Schiene verlagert wird.

Die Schweiz aber verfolgte eine völlig gegenteilige Politik. Sie lud sich zu Gunsten des europäischen Transitverkehrs die Verpflichtung auf, für zweistellige Milliardenbeträge zwei NEAT-Achsen zu bauen. Zusätzlich geben wir Milliardensummen aus, um den Verkehr mit «flankierenden Massnahmen» (angeblich) auf die Schiene zu verlagern. Dazu kommen die hohen Defizite der SBB, die wegen der EU-Abkommen keine kostendeckenden Preise verlangen kann¹⁴. Und schliesslich tragen wir die Milliardenkosten, die durch die Verkehrsstaus am Gotthard entstehen. Der Schweizer Steuerzahler subventioniert auf massivste Weise die ausländischen Strassentransporteur! Welcher bürgerliche Politiker wäre auf die Idee gekommen, Dutzende von Milliarden von Franken auszugeben, statt Jahr für Jahr riesige Summen an Transitgebühren zu verdienen, wenn er nicht die EU im Hinterkopf gehabt hätte? Und welcher Linkspolitiker hätte je für die Erhöhung der Limite von 28 auf 40 Tonnen gestimmt? Die Ökologen? Die

¹⁴ Jeder Lastwagen, der auf der Schiene durch den Gotthard transportiert wird, kostet den Schweizer Steuerzahler mehr als Fr. 500.–.



Neatbaustelle Mitholz

Grünen? Entgegen all ihren Versprechungen¹⁵ traten sie plötzlich für die Aufhebung der 28-Tonnen-Limite ein. Im «Abstimmungsbüchlein» zur Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 schrieb der Bundesrat bezüglich Landverkehrsabkommen, es werde «keine Lastwagenlawine» geben, denn «die höheren Strassenabgaben führen zu weniger Umwegverkehr durch die Schweiz sowie zu einer besseren Auslastung der

Lastwagen und damit zu weniger Fahrten. (...) Das Wachstum des Schwerverkehrs wird schon in der Übergangszeit abgebremst und ab 2005 ist ein kontinuierlicher Rückgang des alpenüberquerenden Strassengüterverkehrs zu erwarten.» Praktisch die gesamte politische Elite erklärte im Abstimmungskampf landauf, landab, mit dem Landverkehrsabkommen und den gleichzeitig beschlossenen «flankie-

¹⁵ Bundesrat Adolf Ogi erklärte am 8.6.1992: «Die NEAT bildet die beste Gewähr, an der 28-Tonnen-Limite festhalten zu können». Am 7.3.1994 erklärte Bundesrat Arnold Koller: «Der Bundesrat beabsichtigt nicht, in seiner Haltung von der 28-Tonnen-Frage abzuweichen. Die Aufrechterhaltung dieser Gewichtslimite gehört zu den Eckpfeilern seiner Verkehrspolitik. Von einer Aufgabe der konsequenten Haltung bezüglich der 40-Tonnen-Frage oder sogar einem Bückling gegenüber der EU kann keine Rede sein». Und in Übereinstimmung mit ihren Parteigrundsätzen beteuerten kurz vor den Eidgenössischen Wahlen 1995 namhafte Linkspolitiker (wie Peter Bodenmann, Ernst Leuenberger, Franco Cavalli, Andrea Hämmerle, Paul Rechsteiner (alle SP), Cécile Bühlmann und Pia Hollenstein (beide von den Grünen), sie seien gegen die 40-Töner. Bereits zwei Jahre später wurde die 28-Tonnen-Limite unter massgeblicher Mitwirkung der Linksparteien gekippt (Facts, 15.10.1995). Den Vogel abgeschossen hat SP-Nationalrat Andrea Hämmerle: In der Arena des Schweizer Fernsehens DRS hatte er sich vor der Abstimmung für die Öffnung für die 40-Töner ausgesprochen. Nachdem das Lastwagenchaos in kürzester Zeit Tatsache geworden war, kritisierte er im Blick, die Zahl der Lastwagenfahrten durch seinen Kanton Graubünden sei unzumutbar hoch.

renden Massnahmen» lasse sich die Zahl der Lastwagen, welche die Alpen im Transit überqueren, schlicht und einfach halbieren, von 1,3 Millionen Stück hinunter auf 650'000¹⁶.

Es kam, wie es kommen musste: Schon nach der teilweisen Öffnung der Grenze für schwerere Lastwagen brach der Verkehr zwischen Basel und Chiasso in Rekordzeit zusammen. Die vielgepriesene «Öffnung» zur EU versank beim Verkehr im Chaos. Es brauchte (nach dem bedauerlichen Brandunfall im Gotthardtunnel) ein weltweit einmaliges Behinderungssystem gegen den Automobilverkehr, damit die Verkehrszahlen nicht weiter dramatisch steigen.

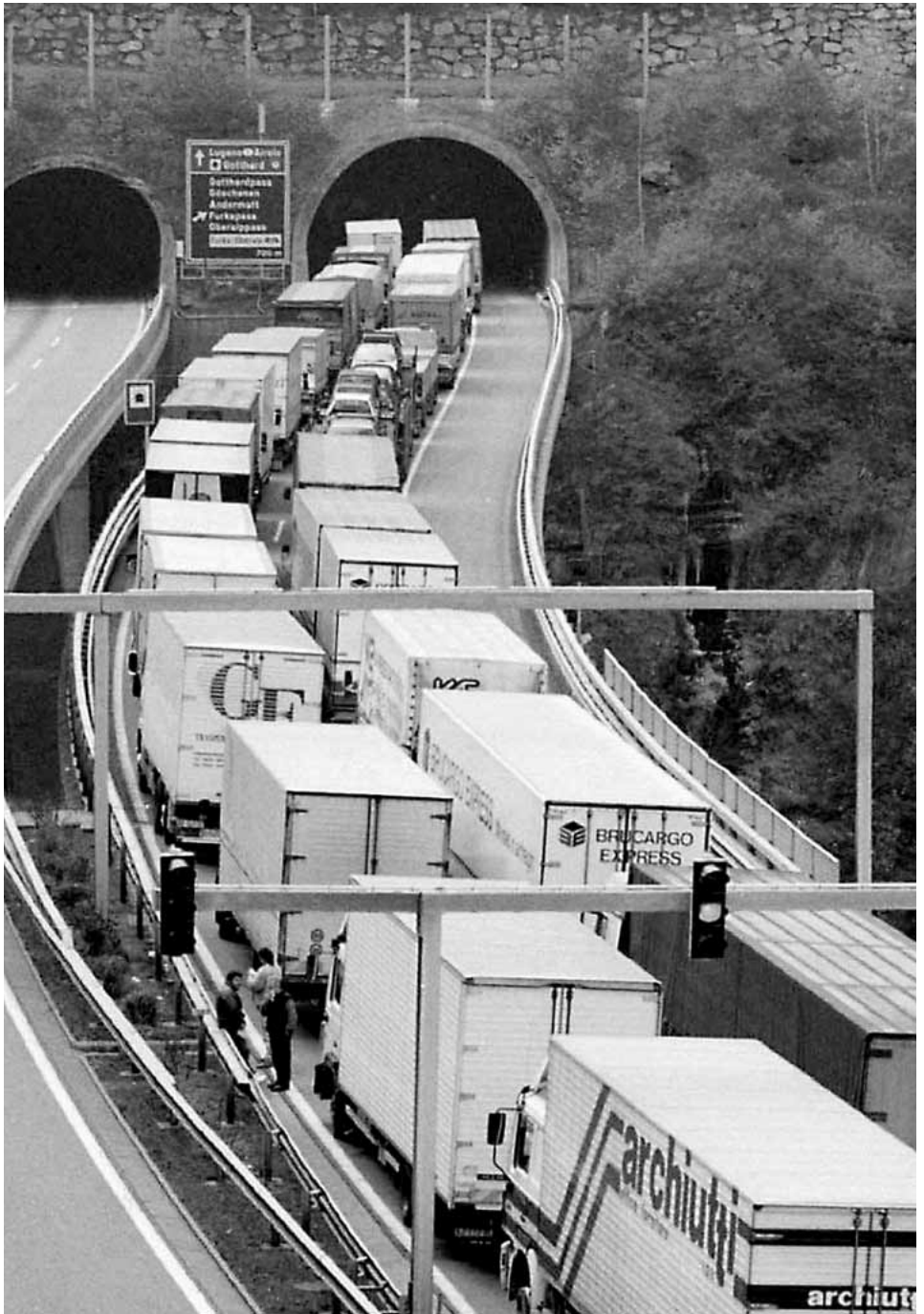
Heute wird argumentiert, man habe die Nachteile des Landverkehrs wegen der übrigen sechs Dossiers der «Bilateralen Verträge I» akzeptieren müssen¹⁷. Wofür? Für den freien Personenverkehr (vgl. Kapitel 12)? Für das Luftverkehrsabkommen? Es wäre interessant

zu wissen, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich damals vom Argument über den Tisch haben ziehen lassen, wegen der Swissair müsse «Ja» gestimmt werden. Dr. iur. et rer. pol. Frédéric Walthard, ehemaliger stellvertretender Schweizer Delegationsvertreter bei der Efta, hatte am 8. Mai 2000 zum Argument, die Swissair brauche dieses Abkommen, kurz und bündig geschrieben: «Für wie blöd hält man uns eigentlich?» Man muss sich tatsächlich fragen: Da handelten unsere Vertreter ein Abkommen aus, welches Liberalisierung und somit mehr Flugverkehr bringen sollte. Sie unterliessen es jedoch, im Abkommen zu regeln, dass die Anflüge auf den Flughafen Kloten weiterhin wie bisher erlaubt sind¹⁸. Die Quittung haben wir seither serviert erhalten: Damit die Einwohner in einigen kleinen süddeutschen Gemeinden etwas mehr Ruhe geniessen können, bürdet man Hunderttausenden in der Schweiz Fluglärm auf.

¹⁶ Diese Zahl 650'000 wurde sogar ausdrücklich im «Verkehrsverlagerungsgesetz» als angeblich verbindliche Grösse definiert. Wir werden sehen, ob «spätestens zwei Jahre nach Eröffnung des Lötschbergtunnels» die Zahl der Lastwagen auf 650'000 reduziert sein wird! Das wird nie der Fall sein, diese Zahl ist mit den gegebenen Parametern jenseits von jeglicher Realität. Nur mit einer knallharten Planwirtschaft wäre diese Zahl erreichbar.

¹⁷ Damals, als der Bundesrat die Bevölkerung überzeugen wollte, die «Bilateralen Verträge I» anzunehmen, tönnte es auch anders. So erklärte z.B. Bundesrat Pascal Couchepin bei seiner Vortragsreihe vor der Abstimmung, alle sieben Dossiers seien für die Schweiz positiv.

¹⁸ Die Insider hatten damals bestens gewusst, dass sich in Süddeutschland ein Problem zusammenbraut (der Bund war seit zwei Jahren in Verhandlungen mit Deutschland wegen der Opposition gegen den Fluglärm, was man vor der massgebenden Volksabstimmung wohlweislich verschwie). Hätte man z.B. im Luftverkehrsdossier der «Bilateralen Verträge I» die Bestimmung «Anflüge auf die Schweizer Flughäfen wie bis anhin» aufgenommen, so wäre dem sich anbahnenden Problem der Wind aus den Segeln genommen worden. Im EWR-Abkommen wäre eine Regelung vorgesehen gewesen, die die jetzigen Lärmprobleme um den Flughafen Kloten, die uns auf Jahrzehnte hinaus belasten werden, hätte verhindern können. Sträflicherweise stimmten aber unsere Unterhändler einer viel schlechteren Lösung zu. Einen Tag nach unserer Abstimmung kündigten die Deutschen die bisherige Regelung auf!



Lastwagenkolonne am Gotthard (Keystone)

Und bei all dem wird unserer Bevölkerung weisgemacht, welche hervorragende Verträge mit den «Bilateralen Verträgen I» abgeschlossen worden seien (vgl. Kapitel 28)¹⁹. Es wird ihr eingetrichtert, wir würden bei den Verträgen mit der EU nur immer «Rosinen picken» (falls das verwerflich wäre: wo sollen wir das getan haben?), auch wenn wir stattdessen in Tat und Wahrheit eine Kröte nach der anderen schlucken.

11. Die gezielte Zerstörung des guten Rufs der Schweiz

Miserable Politik in einzelnen Sachbereichen ist schlimm genug. Unser Land vor aller Weltöffentlichkeit in den Dreck zu ziehen, um den guten Ruf der Schweiz gezielt zu torpedieren, ist noch viel bedenklicher.

Als nach dem Fall der Berliner Mauer ein EU-Beitritt näher rückte, begannen Sprüche wie «la Suisse n'existe pas» und «700 Jahre sind genug» Schlagzeilen zu machen. Psychologisch geschickt wurde der Slogan «Abschaffung des Sonderfalls Schweiz» kreiert. Der Bevölkerung wurde landauf, landab eingehämmert, es sei an der Zeit, das eigenbrötlerische «Sonderfalldenken» endlich aufzugeben. Nach bekannten psychologischen Manipulationsmethoden wurde darauf angespielt, dass niemand gerne ein «Sonderling» ist. Viele fielen auf diesen

psychologischen Trick herein und plaperten den Slogan «Weg mit dem Sonderfall» nach, ohne zu merken, welche Absichten dahinter stehen.

Wenn die massgebenden Entscheidungsträger der Schweiz von der «Abschaffung des Sonderfalls» reden, so haben sie politische Ziele im Kopf. Das Ziel kann nur die Abschaffung der direkten Demokratie (zu Gunsten des EU-Beitritts) sein. Was denn sonst? Denn selbstverständlich ist die Schweiz nur bezüglich ihrer weltweit einmaligen direkten Demokratie ein Sonderfall. Kein Mensch – auch kein EU-Beitrittsgegner – der seine Sinne beisammen hat, käme auf die Idee, zu behaupten, unser Land sei besser als die umliegenden Länder (man denke schon nur an die grossartigen kulturellen Erregenschaften unserer Nachbarländer, man denke an Städte wie Rom, Paris, Wien). Natürlich sind unsere Bürgerinnen und Bürger nicht die besseren und nicht die schlechteren Menschen als unsere Nachbarn. Aber wir haben ein einmaliges politisches System und unsere Einwohner sind die besseren (aktiveren) Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, weil sie alle paar Monate dazu aufgerufen sind, sich mit staatsbürgerlichen Fragen zu beschäftigen und darüber an der Urne abzustimmen.

Ab 1995 wurde den «Sonderfallabschaffern» eine Trumpfkarte in die

¹⁹ Neben Landverkehr, Luftverkehr und Personenfreizügigkeit verbleiben die weiteren vier Dossiers «Landwirtschaft», «Forschung», «Öffentliches Submissionswesen» und «Beseitigung Technische Handelshemmnisse» (siehe dazu «Würdigung der Bilateralen Verträge I» unter www.luzi-stamm.ch).



Rütli-Report unter General Guisan am 25. Juli 1940

Hände gespielt, von der sie nicht zu träumen gewagt hätten. Mit dem Thema «Schweiz – Zweiter Weltkrieg» bot sich eine einmalige Gelegenheit, unserer Bevölkerung das Sonderfalldenken auszutreiben. Was gab es Wirkungsvolleres, um den guten Ruf der Schweiz zu zerstören, als zu «beweisen», unser Land habe hemmungslos mit Hitler-Deutschland zusammengearbeitet und sei nicht einmal während des Zweiten Weltkriegs ein «Sonderfall» gewesen? Mit entsprechendem Eifer wurden die ausländischen Attacken aus Nordamerika von massgebenden Einheimischen aufgegriffen. Der Schriftsteller und ETH-Professor Adolf Muschg frohlockte: «Seit (es) uns die anderen deutlich machen (...), kommen wir viel-

leicht selbst dahinter, dass wir kein Sonderfall sind; Gott sei Dank. Wir sind nicht anders als die anderen Europäer. Wir sind ein durchschnittliches und eben auch durchschnittlich schäbiges Volk. Wir waren stille Teilhaber bei Hitler. Wir (die Schweizer) haben an der Tötung eines Volkes (der Juden) mitgewirkt und daran verdient»²⁰. Wobei Adolf Muschg mit seinem berühmt gewordenen Spruch, die Neutralität der Schweiz sei ein «unanständiger Furz», auch gleich offen legte, welche politischen Ziele er anstrebt. Mit entwaffnender Offenheit erklärte SP-Nationalrat Paul Rechsteiner gegenüber der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» (11.10.1996), diese Attacken von aussen seien hilfreich: «Die aktuelle

²⁰ Sonntags-Zeitung 12.1.1997; Rheinischer Merkur 7.8.1998, Essay «Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt», 1997, sowie Tages-Anzeiger 24.1.1997.

Initiative zur Aufklärung der Raubgold- und Kontengeschichte ist die Chance dafür, dass eine Minderheit etwas in Bewegung setzt. Der internationale Druck hilft uns im Augenblick.» Der Lausanner Universitätsprofessor Hans-Ulrich Jost schrieb unter dem entlarvenden Titel «Die Schweiz muss sich auflösen»: «Die Aktivgeneration wurde im Geist dieser falschen Werte Neutralität, Unabhängigkeit und Bankgeheimnis erzogen und es braucht Generationen, um einstudierte Vorstellungen abzubauen und neue Lernprozesse auszulösen» (Tages-Anzeiger vom 15.9.1997).

All die Medienleute, Politiker, Universitätsprofessoren, Kulturschaffenden etc., die das Kesseltreiben gegen das eigene Land inszenierten, wissen natürlich, wie schäbig es ist, ausgerechnet denjenigen Kooperation mit Hitler vorzuwerfen, die damals trotz hoffnungslos scheinender Umzingelung dem übermächtigen Nazi-Deutschland die Stirn boten und bereit waren, ihr Leben im Kampf für die freie Demokratie zu opfern. Aber gezielt betrieben sie das uralte politische Spiel, durch Manipu-

lation der Vergangenheit die Gegenwart politisch zu beeinflussen. Ihr Ziel war und ist, den «Sonderfall direkte Demokratie Schweiz» abzuschaffen. Mit einer «Umschreibung der Geschichte» wurden die Schweizerinnen und Schweizer zielgerichtet bearbeitet, die Bergier-Kommission machte die schweizerische Geschichte «EU-verträglich». Die Öffentlichkeit hat weder die ideologische Ausrichtung des Bergier-Berichts noch die politischen Absichten seiner massgebenden Autoren erkannt²¹.

12. Die Zerstörung des Wohlstands

Hundert Jahre direkte Demokratie genügten, um die Schweiz von einem Armenhaus in das reichste Land der Welt zu verwandeln²². Und was dabei noch viel beeindruckender ist als der Reichtum an sich: Das politische System der direkten Demokratie führte dazu, dass der Reichtum auf die breite Bevölkerung verteilt wurde²³. Dies bewog den vielleicht berühmtesten noch lebenden Ökonomen, den eher links stehenden John Kenneth Galbraight, gegen Ende des 20. Jahrhunderts kurz und bündig

²¹ Vgl. dazu im Detail die Broschüre des Autors, «Die zehn Todsünden der Bergier-Kommission», Juni 2003 (aufgeschaltet unter www.luzi-stamm.ch).

²² Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts wanderten Schweizer aus Armut aus. 100 Jahre später war die Schweiz gemäss Statistik der Weltbank das reichste Land der Welt (die Statistik beinhaltet nur Staaten mit über 1 Mio. Einwohner). Im Detail: «Wohlstand in der Schweiz am grössten» unter www.luzi-stamm.ch.

²³ Der Wert einer Gesellschaft kann an der Stellung der Schwächsten gemessen werden. Es ist nicht schwer, eine Gesellschaft zu formen, bei der nur eine kleine Elite im Wohlstand lebt; das schafft jedes Drittweltland. In unserer direkten Demokratie, bei der jeder an der Urne mitentscheiden kann, ergibt sich hingegen eine optimale Wohlstandsverteilung: Jeder Werktätige geht davon aus, dass er auch einmal im Pensionsalter stehen wird oder krank werden kann. Jeder weiss, dass seine Kinder sowohl in begüterten wie auch in ärmlichen Verhältnissen landen können. Das führt zu ausgewogenen Lösungen.

zu erklären: «Für das nächste Jahrtausend wünsche ich mir, dass die ganze Welt wie die Schweiz wird.» (Schweizer Familie 26/99).

Aber wer gedacht hätte, die Erfolgsgeschichte der Schweiz müsste die einheimischen Verantwortlichen dazu bringen, das politische System beizubehalten, das diesen Wohlstand ermöglichte, sieht sich getäuscht. Sie wollen dieses Erfolgssystem einem EU-Beitritt opfern.

Alles spricht dafür, dass die Einwanderungspolitik mit dem Ziel einer «multikulturellen Gesellschaft» den Boden für einen Beitritt vorbereiten soll. Das Konzept besteht darin, die Wohlstandsunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland zu nivellieren. Wie sonst wäre die ruinöse Einwanderungspolitik der letzten zwölf Jahre erklärbar? Jedenfalls leistet sich kein Staat, der auch nur einigermaßen seinen

Wohlstand bewahren will, eine so unsinnige Zuwanderung wie die Schweiz²⁴.

Innerhalb von nur zehn Jahren wurden über eine Million neue Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erteilt²⁵ (dazu kommen zusätzlich die Asylbewerber und die «Papierlosen»²⁶). Ein Grossteil davon floss an Leute aus rückständigen Gebieten. Viele kamen mit schlechter oder gar keiner beruflichen Bildung. Allein aus Kosovo-Albanien dürften 10% der Gesamtbevölkerung in die Schweiz transferiert worden sein²⁷, unabhängig vom Krieg. Solch massive Einwanderung ausgerechnet in Rezessionszeiten führte zu entsprechend dramatischem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese verursachte Kosten, mit denen Monat für Monat ein Gotthard-Strassentunnel hätte gebaut werden können²⁸. Massive soziale Probleme wurden importiert (von der Einschulung bis zur Steigerung der

²⁴ Selbstverständlich braucht auch die Schweiz Einwanderung. Aber alles entscheidend ist, wer kommen darf und wer nicht. Früher wanderten Leute ein, die mithalfen, die Schweiz aufzubauen. Wer sich nicht bewährte, blieb nach einem kurzen Saisonieraufenthalt wieder zu Hause. Seit Beginn der EU-Beitrittsdiskussionen änderte die Schweiz ihr Konzept. In dramatischer Masse nimmt die Einwanderung von Nicht-Erwerbstätigen zu und es entstand die verheerende Tendenz «von der Grenze direkt zum Sozialamt».

²⁵ Erteilt wurden in den 90er-Jahren 1'001'320 B- und C-Bewilligungen; d.h. Jahr für Jahr wanderten ziemlich genau 100'000 Ausländer neu ein, rund 70'000 zogen nach Hause. Tendenziell wanderten gut integrierte Ausländer zurück, während schwer zu integrierende zuwanderten. Vgl. «Die ruinöse Einwanderungspolitik der 90er-Jahre» unter www.luzi-stamm.ch.

²⁶ Dazu kommen weit über 50'000 in den diversen Kategorien «Asylbewerber» und zusätzlich die «Papierlosen»/illegal Anwesenden, die sich nach Schätzung der Zeitschrift Beobachter (Nr. 15/2003) auf 70'000 bis 180'000 belaufen.

²⁷ Das vorhandene Zahlenmaterial ist schlecht, unter anderem weil statistisch nicht zwischen Serbien, Montenegro und Kosovo unterschieden wurde.

²⁸ Der führende Gewerkschaftsvertreter Serge Gaillard schätzte die Kosten der Arbeitslosigkeit auf zwölf Milliarden Franken pro Jahr. Die Kosten eines Gotthard-Strassentunnels werden auf rund eine Milliarde Franken veranschlagt.

Kriminalität). Am schwersten wiegt die Erosion der Arbeitsmentalität mit immensen Folgekosten. Bald ein Sechstel aller IV-Renten geht ins Ausland²⁹, fast jede zweite Neurente an Ausländer. Die Hemmung, den Sozialstaat zu missbrauchen, nimmt ständig ab.

Nun steht als Nächstes die Personenfreizügigkeit mit den zehn neuen EU-Staaten auf dem Programm, die der Schweiz neue Probleme einbrocken wird³⁰. Wenn gesagt wird, freier Personenverkehr mit solchen Ländern läge im Interesse der Schweiz, so widerspricht dies jeder ökonomischen Logik³¹. Wenn argumentiert wird, die Schweiz brauche dieses Abkommen, um diejenigen Arbeitnehmer rekrutieren zu können, die unser Land benötigt, so ist dies ebenfalls schlicht und einfach nicht wahr³². Die Behauptungen und Voraussagen sind ebenso falsch, wie sie beim Landverkehr falsch wa-

ren. Nur werden die Folgen beim Personenverkehr erst in ein, zwei Generationen sichtbar sein (wir werden die Resultate vor allem dann sehen, wenn in einigen Jahren die Balkanländer der EU beitreten), während bei den Lastwagen die Beschwichtigungen schon nach wenigen Wochen über den Haufen geworfen waren.

Die Personenfreizügigkeit wird die Schere zwischen Arm und Reich unweigerlich öffnen, «flankierende Massnahmen» hin oder her. Um diese Selbstverständlichkeit zu verstehen, muss man nicht Ökonom sein. Wer ein System schafft, bei dem der Einwandernde ab sofort zwei Jahre lang Krankentaggeld beziehen kann, danach zwei Jahre lang Arbeitslosengeld, dann dauernd Leistungen der Invaliden- und Pensionskassenversicherung, zerstört auch das reichste Land der Welt. Im Gesundheitswesen ist bei freier Zuwan-

²⁹ Zu welchen «Luxusrenten» das führen kann, vgl. Artikel «Nur Gott kann wissen, ob einer simuliert», Aargauer Zeitung vom 5.7.2003: Der Text spricht vom «krassen Fall eines 26-Jährigen. Von seiner Rente konnten (im Herkunftsland) 20 Leute leben – dieser Mann wollte natürlich nicht gesund werden.»

³⁰ Wobei müssig ist, über die Frage zu diskutieren, wie viele Zuwanderer konkret kommen werden. Das ökonomische Gesetz ist klar: Wenn und solange die Schweiz attraktiv ist, wird es selbstverständlich Zuwanderungen geben. Ist die Schweiz hingegen auf das Niveau der übrigen Länder heruntergewirtschaftet, hört die Zuwanderung auf. Wer also sagt, es werde keine Zuwanderung geben, hat sich bereits damit abgefunden oder verfolgt sogar den Zweck, die Schweiz auf das Niveau der EU-Staaten hinunterzunivellieren.

³¹ «Freier Personenverkehr» bedeutet, dass jedermann kommen kann (wenn er irgendeinen Arbeitsvertrag vorlegt oder vorgibt, selbständig zu arbeiten). «Kein freier Personenverkehr» bedeutet, dass das Empfangsland (also die Schweiz) die Kompetenz behält, zu entscheiden, wer kommen kann und wer nicht. Die reichen Länder haben ökonomisch gesehen immer ein Interesse, ihre Grenzen zu kontrollieren. Wieso sonst würden alle attraktiven Länder wie die USA, Kanada, Australien, Singapur, etc. rigorose Einwanderungsbeschränkungen haben? Auch die EU würde niemals auf die Idee kommen, an ihren Aussengrenzen eine Personenfreizügigkeit einzuführen.

³² Wer kommen kann, liegt selbstverständlich schon heute in unserer Kompetenz. Schon heute kann die Schweiz nach Belieben Arbeitnehmer kommen lassen, wenn dies im eigenen Interesse liegt. Dazu braucht es sicher kein Personenfreizügigkeitsabkommen. Dieses wird nur benötigt, um Ausländern einen Rechtsanspruch einzuräumen, in die Schweiz zu kommen.

derung die Zweiklassenmedizin unausweichlich³³. Wer dem neu Zuwandernden dieselben Sozialleistungen anbietet wie demjenigen, der jahrzehntlang in der Schweiz gearbeitet hat, ruiniert das Sozialnetz; die Leistungen müssen zwangsläufig nach unten korrigiert werden. Mit einer Masseneinwanderung wird unser Sozialsystem nicht fertig. Einwanderungsland und Sozialstaat lassen sich auf die Dauer niemals unter einen Hut kriegen.

Der Hauptgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre in der Schweiz liegt bei der unbegreiflichen Einwanderungspolitik, auch wenn es politisch nicht korrekt sein mag, dies auszusprechen. Wenn die Zeitung Blick so tut, als wäre der Nichtbeitritt zur EU dafür verantwortlich³⁴, so ist dies purer Unfug. Auch wirtschaftlich wäre ein EU-Beitritt für unser Land zweifellos nachteilig³⁵.

Wie der Ruf der Schweiz und ihr Wohlstand von massgebenden «Öffnungs-

strategen» gezielt zerstört werden, um den Boden für einen EU-Beitritt vorzubereiten, zeigt sich mustergültig bei Personen wie dem Basler Universitätsprofessor Georg Kreis. Wer ihn kennt³⁶, weiss, dass er als Leiter des «Europa-instituts» der Universität Basel besonders eifrig einen EU-Beitritt anstrebt. Als der starke Mann der Bergier-Kommission drosch er auf das eigene Land ein, wobei er «die Zertrümmerung des Mythos der Schweiz als Insel der Widerständigen gegen Hitlers totalitäre Diktatur» propagierte³⁷. Seine Position als Präsident der Eidgenössischen Rassismuskommission benutzte er, um sozusagen «von Amtes wegen» denjenigen den Stempel eines Rassisten aufzudrücken, die eine Limitierung der schädlichen Einwanderung fordern. Bei Georg Kreis konzentrierten sich also die Ziele «EU-Beitritt», «Zerstörung des guten Rufs der Schweiz» und «Förderung der ruinösen Einwanderungspolitik» exemplarisch in ein und derselben Person.

³³ Das Problem ist z.B. aus Südkalifornien bekannt. Dass sich Leute dort behandeln lassen, wo sie Spitalleistungen erhalten, von denen sie zu Hause nur träumen können, ist verständlich. Wenn faktisch jedermann zu wandern kann (notfalls mit fingiertem Arbeitsvertrag oder der puren Behauptung, er sei selbständigerwerbend) und alle Leistungen im Gesundheitswesen in Anspruch nehmen kann, wird es nicht möglich sein, das beste Gesundheitswesen der Welt für alle aufrecht zu erhalten. Die Personenfreizügigkeit hat die Entwicklung «Das Beste für die Reichen, das Nötigste für das Volk» längst eingeläutet.

³⁴ Die Zeitung Blick führte aus (4.8.2003), «zehn Jahre Isolationismus» habe unserem Land eine Einbusse von 53 Milliarden Franken gebracht. Grundlage war eine «Berechnung» eines Mitarbeiters eines einzelnen Nationalrats, die an Unseriosität kaum zu überbieten ist. Die grundlegendsten Regeln der Statistik (z.B. Gewichtung einzelner Staaten) wurden in dieser «Berechnung» verletzt.

³⁵ Vgl. u.a. den Artikel «EU-Beitritt – ein Wohlfahrtsrisiko» in Finanz und Wirtschaft, Nr. 69, 30.8.2003 (Autor Prof. Franz Jäger), zusammengefasst in «Die Schweiz wäre Melkkuh, nicht Zugross» unter www.luzi-stamm.ch.

³⁶ Bis März 2001 war ich jahrelang Parteikollege von Prof. Georg Kreis, ebenfalls Mitglied der freisinnigen Partei FDP.

³⁷ Zeitschrift «Public Management» des Eidgenössischen Personalamts 5/2002.

III. Die Umsetzung des Ziels

13. Propaganda statt Aufklärung

Die breite Bevölkerung würde der laufenden Entwicklung nicht zustimmen, wenn sie erkennen würde, was sich abspielt. Aber sie wird, was das Ziel der Aussenpolitik betrifft, gezielt an der Nase herumgeführt.

Das gilt erstens generell: Man betrachte, wie nach dem klaren Nein zur Volksinitiative «Ja zu Europa» vom 5.3.2001 immer wieder betont wurde, es «gelte nun, die Auswirkungen eines EU-Beitritts abzuklären» (so z.B. ausdrücklich Bundesrat Joseph Deiss in diversen Zeitungen vom 1.12.2002). Allein diese Argumentation müsste einen Proteststurm auslösen. Will man im Ernst behaupten, der Bundesrat habe vor zwölf Jahren im Mai 1992 ein EU-Beitritts-gesuch gestellt, ohne zu wissen, was ein Beitritt mit sich bringen würde? Sollen sich ab 1992 die SP, die FDP, die CVP und all die Hunderte von Persönlichkeiten für einen Beitritt ausgesprochen haben, ohne die Folgen zu kennen? Das glaubt kein Mensch (und wenn es wahr wäre, wäre es der Gipfel der Verantwortungslosigkeit). Unsere obersten EU-Beitrittsstrategen kennen selbstverständlich die Auswirkungen eines EU-Beitritts genau. Wenn sie sagen, dessen Auswirkungen müssten noch näher abgeklärt werden, zeigt

schon nur das allein, wie stark sie mit verdeckten Karten spielen.

Und zweitens werden im Speziellen die Wählerinnen und Wähler vor den einzelnen konkreten Volksabstimmungen irregeführt: Bereits angesprochen wurde die besonders krasse Irreführung beim Landverkehrsdossier im Rahmen der «Bilateralen Verträge I». Ich kaufe es den Verantwortlichen nicht ab, dass sie wirklich gemeint haben, dass sich mit der vereinbarten³⁸ Öffnung der Grenze für 40-Töner die Anzahl der Lastwagen halbieren lasse, auch wenn dies von praktisch der gesamten Politikerelite von der SP bis zur FDP in Aussicht gestellt wurde, von Bundesrats-, Regierungsrats- und Parlamentsmitgliedern (und falls sie es geglaubt haben, wäre dies ein erschreckendes Beispiel einer krassen Fehleinschätzung der obersten Verantwortungsträger).

Nun ist bezüglich des nächsten aussenpolitischen Urnengangs die nächste Irreführung bereits in vollem Gange: Schon haben die Befürworter der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Staaten ihre ersten Inserate publiziert. Darin betonen Unternehmer landauf, landab, wie stark sie auf diese Ausweitung angewiesen seien, weil sie das «grosse Marktpotential» dieser zehn neuen

³⁸ Festgelegt wurden durchschnittlich Fr. 325.– Gebühr pro Lastwagen (bei umweltfreundlichen weniger, womit heute weitgehend Fr. 240.– pro Fahrt aktuell sind, was viel zu billig ist). Es wurde festgelegt, als «flankierende Massnahme» würden auf elf Jahre verteilt 2,8 Milliarden Franken investiert, um den Verkehr auf die Schiene zu bringen. Damit lasse sich die Lastwagenzahl von 1,3 Millionen auf 650'000 pro Jahr hinunterdrücken. Das ist völlig unrealistisch.

Länder benötigen. Damit wird die Bevölkerung über den Tisch gezogen, denn den Zugang zu diesen Märkten haben diese Unternehmer bereits vollumfänglich. Es geht bei der Abstimmung nur noch um die Frage, ob zusätzlich zu den freien Märkten die «Personenfreizügigkeit» eingeführt werden soll, bei der den Ausländern das Recht eingeräumt wird, in die Schweiz zu ziehen.

Nicht nur bei Sachthemen (Lastwagenzahl, Personenfreizügigkeit) wird falsch informiert. Sogar die grundsätzlichen Werte, auf denen unser Land basiert, werden propagandistisch zu Schlagwörtern, Floskeln und Worthülsen verdreht, um der Bevölkerung etwas vorzugaukeln. Wider besseres Wissen wird behauptet, bei der neuen internationalen Ausrichtung der Schweiz würden Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität intakt bleiben³⁹. In seinem «Integrationsbericht 1999» vom 3.2.1999 schrieb der Bundesrat gar: «Ein EU-Beitritt würde die Unabhängigkeit der Schweiz stärken». Nur wer die allgemeingültige Bedeutung der Worte hemmungslos verdreht, bis sie nichts mehr mit der Bedeutung im Wörterbuch zu tun haben, kann so etwas behaupten.

14. Staatspropaganda

Dass unsere Landesregierung an vorderster Front bei der irreführenden Propaganda mitspielt und sich seit der Verfolgung des «strategischen Zieles EU-Beitritt» mehr und mehr wie eine politische Partei verhält, ist höchst bedenklich. Immer häufiger mischt sich der Bundesrat in die Abstimmungskämpfe ein⁴⁰.

Die Bundesverwaltung ist zur grössten Public-Relation-Agentur des Landes geworden. Hunderte von «Informationsbeauftragten» sind in ihr tätig, deren Aufgabe es ist, die Absichten des Bundes zu «verkaufen». Allein ihre Lohnsumme dürfte den Steuerzahler mehr kosten als das ganze Parlament. Dazu kommt der ganze Sachaufwand und die Werbemittel, von der Glanzbrochure bis zur CD-Rom.

Gefährlich ist diese Entwicklung aus mehreren Gründen:

– Die Abstimmungen werden «von Staates wegen» verfälscht. Die Demokratie wird ausgehebelt, wenn die Landesregierung mit ihrem ganzen Gewicht, ihrem ganzen Ansehen und erst noch mit Steuergeldern einseitig Stellung nimmt. Der Bürger reagiert mit

³⁹ Es will ja wohl niemand im Ernst behaupten, dass die Neutralität bei einem EU-Beitritt gewahrt bliebe. Man stelle sich vor, die EU würde in einen Konflikt mit arabischen Staaten geraten. Es ist selbstverständlich, dass dann kein EU-Mitgliedsland von arabischer Seite als neutral betrachtet würde. Es ist zwar psychologisch gesehen verständlich, wenn z.B. österreichische Politiker, die ihr Land in die EU geführt haben, nicht müde werden, zu betonen, Österreich sei noch immer neutral. Wahr wird diese Behauptung dadurch trotzdem nicht.

⁴⁰ Beispiele sind die Abstimmungen bezüglich NEAT (Eisenbahntransversalen durch die Alpen), LSVA (Schwerverkehrssteuer), FinöV (Finanzierung des öffentlichen Verkehrs), bilaterale Verträge, Bundesverfassung, Auslandeinsatz der Armee, Solidaritätsstiftung, Asylinitiative, Armee XXI; Höhepunkt war der UNO-Abstimmungskampf.



Staatspropaganda unter der Bundeshauskuppel

Abstumpfung und Resignation, weil «die in Bern ohnehin machen, was sie wollen».

– Die Entwicklung ist langfristig verheerend für die Autorität und die Glaubwürdigkeit des Bundesrats. In Abstimmungskämpfen wird der Bundesrat zum Gegner, dementsprechend nehmen die Angriffe gegen die Bundesräte zu. An jedem Abstimmungssonntag haben bis zu 50% der Stimmenden (und ein Grossteil der «schweigenden Mehrheit») das Gefühl, in erster Linie gegen die eigene Landesregierung verloren zu haben. Umso schlimmer, wenn sich die Behauptungen des Bundesrats auch noch als falsch herausstellen⁴¹.

– Und der Bundesrat trägt mit seinem Verhalten massgebend zur Verschlechterung der politischen Kultur bei. Der Luzerner Universitätsprofessor Hansjörg Seiler spricht dabei sogar vom «Hauptgrund» (Kurzfassung Festaussgabe Thomas Fleiner, Freiburg 2003): «Nach meiner Beurteilung liegt in der verstärkten Wahrnehmung einer Parteirolle durch den Bundesrat und die damit verbundene Ausgrenzung der Gegenmeinung ein Hauptgrund für die Polarisierung und Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung in der letzten Dekade. Wer anderer Meinung ist als der Bundesrat, (...) sieht sich in

eine Oppositionsrolle gedrängt (...). Dadurch sinkt einerseits das Vertrauen in den Bundesrat und in die politischen Institutionen schlechthin. Andererseits entsteht ein Stil der politischen Auseinandersetzung, der schlecht zu einem Konkordanzmodell passt.»

15. Der Politmedienkuchen

Wo bleibt die Kritik der Medien? Wo bleibt der Aufschrei, wenn ein Bundesrat vor Hunderten von Zuschauern (und voller Medienpräsenz) erzählt, die Lastwagenzahl im Alpen transit werde auf jährlich 650'000 reduziert? Wo bleibt die Kritik der Journalistinnen und Journalisten, wenn Ausdrücke wie «Unabhängigkeit» und «Neutralität» einfach ins Gegenteil verdreht werden?

Die Antwort ist besorgniserregend: Die wichtige Rolle der Medien, die Mächtigen im Staat zu kontrollieren, die «Distanz zur Macht» gehen immer mehr verloren. Längst sind die Medien selbst Teil der Macht geworden. Es hat sich eingebürgert, dass die einflussreichsten Medienschaffenden mit höchsten Politikerinnen und Politikern systematisch zusammenarbeiten, um die Politik gemeinsam abzukarten. Alt-Ständerat René Rhinow hat für dieses Machtkartell den anschaulichen Ausdruck «Politmedienkuchen» geprägt. Unter dem vielsagenden Titel «Degenerierungsprozess der Schweizer Demokra-

⁴¹ Für die Glaubwürdigkeit der «Institution Bundesrat» ist es katastrophal, wenn nach der Öffnung für 40-Tonnen-Lastwagen der Transitverkehr auf der A2 innerhalb weniger Wochen zusammenbricht, nachdem vorher der Bundesrat in aller Öffentlichkeit behauptet hat, es werde keine Lastwagenlawine geben.

tie» schrieb er: «Dem Politmedienkuchen gehören Angehörige der politischen Elite und der Medienelite (...) an, die wechselseitig aufeinander angewiesen sind und symbiotische Seilschaften eingehen. (...) Es ist zu fragen, ob in der Zeit zwischen den Sessionen die Bundeshausjournalisten zusammen mit Chefbeamten und Generalsekretären der grossen Parteien nicht ein «Nebenparlament» darstellen, welches (...) politische Weichen stellt, jenseits aller Vorstellungen von Gewaltenteilung» (NZZ vom 16.3.1996).⁴² René Rhinow hatte Recht: Das ist in der Tat eine Degenerierung der Demokratie, indem der Bürger keine Chance mehr hat, zu durchschauen, wie die massgebenden «Seilschaften» die Weichen in der Politik stellen.

In jüngster Zeit hat diese «Zusammenarbeit» zwischen Mitgliedern des Bundesrats und den Medien dramatisch zugenommen. Die Macht der Medien ist so gross geworden, dass dabei meist sogar unsere Landesregierung nach der Pfeife der einflussreichsten Medienvertreter tanzt⁴³. Allerdings kann die Beeinflussung auch in der umgekehrten Richtung funktionieren, indem der Bundesrat die Journalisten gezielt für seine eigenen Ziele instrumentalisiert⁴⁴.

Die Medien tragen einen grossen Teil

der Verantwortung, dass der Bürger die Marschrichtung von Bundesbern nicht erkennt. Da auch die meisten massgebenden Medienvertreter einen EU-Beitritt wünschen, unterdrücken sie die wahren Ziele der Beitrittsstrategen. Deshalb verkennen selbst viele Intellektuelle und engagierte Parteimitglieder, die sich in den Medien informieren, die wahren Ziele ihrer Volksvertreter.

16. Das unüberwindbare «Dreigestirn der Macht»

Wenn sich zur Medien- und Politikerelite auch noch die Wirtschaftselite gesellt, um die Politik gegenseitig abzukarten, stehen Leute mit abweichender Meinung gegenüber diesem «Dreigestirn der Macht» auf verlorenem Posten.

Verständlich ist, wenn sich «die Wirtschaft» in Bereichen politisch engagiert, in denen sie direkt betroffen ist. Ihr Engagement der vergangenen Jahre ging jedoch weit über das hinaus. Weshalb hätte «die Wirtschaft» ein Interesse daran haben sollen, sich für Auslandseinsätze der Schweizer Armee einzusetzen? Was soll man davon halten, dass im Abstimmungskampf eine Geldspende von Fr. 100'000.– vom einflussreichsten Bankier der Schweiz an eine SP-Nationalrätin floss. Dabei war nicht

⁴² Vgl. dazu «Wer hat die Macht in Bern?», Kapitel 22 «Politmedienkuchen».

⁴³ Diesem Thema ist mein im Jahr 2000 publiziertes Buch «Wer hat die Macht in Bern?» gewidmet; siehe im Detail www.luzi-stamm.ch.

⁴⁴ Siehe die zwei Beispiele unter www.luzi-stamm.ch: «Die Kehrtwende des Bundesrates» sowie «Der Bundesrat bietet die Journalisten zum Interview auf».



UNO-Hauptsitz in New York: Wir gehören jetzt auch dazu, dem «Dreigestirn» Medien, Landesregierung und Wirtschaft sei Dank!

nur brisant, dass Geld an Kreise ging, die sich für die Abschaffung von Armee und Bankgeheimnis stark machen. Problematisch war vielmehr vor allem, dass in diesem Abstimmungskampf dieselben Leute zusammenspannten, die beim Zusammenbruch der Swissair dafür sorgten, dass in grossem Stil Steuergelder eingesetzt wurden. Es darf nicht sein, dass einerseits der Staat einspringt, um der Wirtschaft (z.B. der Swissair) finanziell aus der Patsche zu helfen, und im Gegenzug die beteiligten Wirtschaftsvertreter dem Bundesrat mit Wahlkampfspenden helfen, die gewünschten Vorlagen bei Volksabstimmungen durchzubringen.

In besonders stossendem Ausmass funktionierte die Verflechtung des «Dreigestirns» Medien – Politiker – Wirtschaft beim UNO-Abstimmungskampf. Praktisch lückenlos forderten die Medien in den redaktionellen Teilen und mit faktischer Gratiswerbung⁴⁵ einen Beitritt. Der Bundesrat benahm sich wie eine politische Partei⁴⁶ und führte den Abstimmungskampf mit seiner ganzen Verwaltung im Rücken, sogar mit Steuergeldern (die notabene auch von Beitrittsgegnern erhoben

worden waren). Und Wirtschaftskreise erklärten sich kurzerhand bereit, «so viel Geld wie nötig» zur Verfügung zu stellen, um die Abstimmung zu gewinnen⁴⁷. Wie sollen die Gegner gegen eine solche übermächtige Propagandawalze noch in der Lage sein, ein auch nur einigermaßen wirksames Gegengewicht zu setzen? Wenn dem Bürger rund um diese Abstimmung zu guter Letzt auch noch vorgegaukelt wurde, die Beitrittsgegner hätten im Abstimmungskampf übermässig Geld zur Verfügung gehabt, stellt dies die Realitäten völlig auf den Kopf. Das ist, wie wenn diejenigen scheinheilig «Fürio» rufen, die das Feuer selbst gelegt haben.

17. Der Filz, der Richtung EU zieht
Wie das «Dreigestirn der Macht» in der Praxis funktioniert, bleibt oft im Dunkeln. Erst wenn Missstände auffliegen, kommt jeweils die Kritik der «Verfilzung» auf. Beim Zusammenbruch der Swissair wurde deren «Verfilzung» zur Zürcher FDP und der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) als mitverantwortlich für die Missstände und deren Vertuschung kritisiert⁴⁸. Bemerkenswert ist im vorliegenden Zusammenhang, dass

⁴⁵ Ein Beispiel von unzähligen: Die Zeitung Blick publizierte eine Doppelseite mit Dutzenden von Persönlichkeiten, die sich für einen Beitritt aussprachen.

⁴⁶ Man denke unter anderem an den damaligen Ausspruch des Bundespräsidenten: «Diese Abstimmung müssen wir gewinnen».

⁴⁷ Der Vertreter des mächtigsten Wirtschaftsverbands der Schweiz (economiesuisse) gab diese Erklärung vorlaufenden Kameras ab, auf die Frage hin, wie viel Geld sein Verband im Abstimmungskampf auszugeben gedanke.

⁴⁸ Musterbeispiel der personellen Verflechtung war Eric Honegger, der kurz vor dem Zusammenbruch der Swissair als deren oberster Chef amtierte. Er war Zürcher FDP-Regierungsrat und Verwaltungsratspräsident der NZZ gewesen.

sich gerade dieses «Dreigestirn Swissair/Zürcher Freisinn/NZZ»⁴⁹ jahrelang für eine «Öffnung Richtung EU» eingesetzt hatte: Mit der Glaubwürdigkeit der NZZ und dem guten Ansehen der Swissair (und der Crédit Suisse) im Rücken bildete dies eine äusserst wirksame politische Seilschaft.

Man muss sich bewusst sein, dass es landauf, landab viele solche einflussreiche Gruppen gibt, die Richtung EU ziehen⁵⁰. Naturgemäss kenne ich die Situation im Kanton Aargau, wo – vergleichbar zu «Swissair/Zürcher Freisinn/NZZ» – der Filz «ABB/Politelite FDP-CVP/Aargauer Zeitung» wirkte. Diese Seilschaft war noch wesentlich effizienter, denn die ABB war im Aargau dominanter als die Swissair in Zürich, und die Aargauer Zeitung hatte im Gegensatz zur NZZ eine unangefochtene Monopolstellung im Kanton. Die Fäden zog der damalige Vorsitzende der ABB-Schweiz, Edwin Somm. Zusammen mit ausgewählten Politikerinnen und Politikern und mit Medienver-

tretern führte er ein «Dreigestirn», das über Jahre hinweg die Aargauer Politik prägte.⁵¹

Bedenklich war dabei, dass die ABB unter Edwin Somm Politikerinnen und Politiker, die sich für einen EU-Beitritt stark machten, an den offiziellen Parteikassen vorbei finanziell unterstützte⁵². Wie soll der Aussenstehende noch erkennen können, ob sich jemand aus Überzeugung für einen Beitritt einsetzt, oder weil er dafür bezahlt wird? Der Bürger wundert sich höchstens, wie penetrant einzelne Politiker von den Medien hochgejubelt werden. Oder er erschrickt, wenn einem Gemeindevorschreiber ein Geschenk von 150'000 Franken gemacht wird⁵³.

Verfilzung könnte noch einigermaßen toleriert werden, wenn Transparenz gegeben wäre und die Beteiligten mit ihren Seilschaften unser Land in eine erfolgreiche Zukunft führen würden. Bei der Swissair war in krassem Ausmass das Gegenteil der Fall. Auch die Ent-

⁴⁹ Bis vor kurzem konnten nur FDP-Mitglieder NZZ-Aktionäre sein. Noch heute dürfen Letztere nicht Mitglieder anderer Parteien sein. Es ist dementsprechend verständlich, dass die NZZ zu einem gewissen Grad Parteipolitik betreibt.

⁵⁰ Wobei es Anzeichen gibt, dass in der Wirtschaft bezüglich EU-Beitritt ein Umdenken im Gange ist. Die Wirtschaft ist «beitrittskeptischer» geworden.

⁵¹ Vgl. dazu auch «Das politische Engagement eines ABB-Direktors» unter www.luzi-stamm.ch. Es sei jedoch betont, dass mir keine Anzeichen bekannt sind, dass die neue Führung der ABB-Schweiz die Praxis ihres damaligen Chefs Edwin Somm in irgendeiner Weise weiterführen würde.

⁵² Mit Brief vom 22.5.1996 liess Edwin Somm der FDP mitteilen, dass die bisherige jährliche Parteiunterstützung gestrichen werde, da «wir unsere Mittel auf Persönlichkeiten konzentrieren wollen, die den Anliegen der Wirtschaft aufgeschlossen sind» (im Klartext hiess dies «für EU-Beitrittsbefürworter»).

⁵³ Die ABB Immobilien AG bezahlte einem Gemeindevorschreiber (und gleichzeitigem SVP-Grossrat) im aargauischen Birm diesen Betrag, weil dieser bei einem Grundstückgeschäft in der Gemeinde Birm (Kiesabbau) Hilfe geleistet und zur Beschleunigung des Verfahrens beigetragen hatte. Der Betrag wurde ausdrücklich als Geschenk deklariert.

wicklung bei der ABB müsste zu denken geben⁵⁴.

Interessant ist ein Detail anlässlich eines Vortrags des inzwischen abgetretenen ABB-Direktors Edwin Somm in Baden am 19.11.2002, als er über «Führungsverantwortung des Verwaltungsrates in schwierigen Zeiten» sprach. Ein Mann aus dem Publikum kritisierte Somm, wie er es wagen könne, von Verantwortung zu sprechen, nachdem sich der höchste Chef der ABB, Percy Barnevik, derart schamlos bereichert habe⁵⁵. Und der Kritiker fügte an: Wer innerhalb der ABB die internationale Fusionsstrategie von Barnevik kritisiert habe, sei von Leuten wie Edwin Somm als «rückwärtsgerwandt», «Leute von gestern», «zum alten Eisen gehörend» und dergleichen abgekanzelt worden. Mit anderen Worten wurden ABB-firmenintern offenbar exakt dieselben Sprüche verwendet,

wie sie seit mehr als zehn Jahren in der Schweizer Politik gegenüber denen zu hören sind, die ihre Bedenken anmelden, wenn unser Land mit der EU «fusionieren» will, statt die Probleme selbst zu lösen.

Nach dem «Swissair-Grounding» kommentierte der Sprecher des Deutschen Fernsehens (ARD) am 4.10.01: «Grössenwahnsinnige Manager, die in Europa die Schrottairlines zusammengekauft haben, um auch mitreden zu können», hätten die Swissair⁵⁶ ruiniert. Auch die Expansionsstrategie Barneviks brachte der ABB existenzbedrohende Probleme⁵⁷. Wir dürfen es nicht zulassen, dass unser Land mit ähnlichen Strategien ins Elend geritten wird. Die «Expansionsstrategie» der Schweiz, um auf der internationalen Bühne mitzuspielen und überall mitreden zu können, wird in einem Scherbenhaufen enden.

⁵⁴ Noch anlässlich der 100-Jahr-Feier im Jahre 1991 reisten die Leute aus aller Welt in den Aargau zur Besichtigung des Musterbetriebs im Birrfeld, der die weltweite Spitzenstellung der ABB im Kraftwerkbau zeigte. Dann folgten die krassen Managementfehler mit den schweren Gasturbinen GT 24/26. Bei ABB fand in der Folge ein derartiger Ausverkauf statt, dass man sich bisweilen fragen musste, was diese Firma eigentlich noch produziert.

⁵⁵ Nachdem Barnevik als Chef des Weltkonzerns ABB lange als Musterbeispiel eines verantwortungsbewussten Unternehmers dargestellt worden war, wurde bekannt, dass er sich bei seiner Pensionierung 148 Millionen Franken hatte auszahlen lassen. Einen Teil zahlte er später wegen desa öffentlichen Drucks wieder zurück.

⁵⁶ Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Auszüge eines Referats des damaligen Swissair-Chefs Philippe Bruggisser an einem Seminar des Generalstabs vor höheren Stabsoffizieren der Schweizer Armee 1999 (er referierte über die Transformation von Swissair zur SAir-Group): «Man muss eine Vision haben, den Weg beibehalten und sich durch nichts abbringen lassen. Wenn äusserer Druck zur Kursänderung zwingt, bei Nachlassen den alten Kurs sofort wieder aufnehmen! (...) Keine Transparenz nach aussen, um keinen Preis. Geheimhaltung der Zwischenziele wie auch des eigentlichen Endziels vor der Realisierung! (...) Keine Querdenker und Kritiker akzeptieren: In der Führungsmannschaft absolute Linientreue und Verschwiegenheit durchsetzen. Wer nicht spurt, muss weg!» Die Parallele zur Vorgehensweise der EU-Beitrittsstrategen ist frappant. Vieles vor Wahlen so, als wäre ein EU-Beitritt kein Thema. Wenn «der Druck bevorstehender Wahlen wegfällt, nehmen sie «den alten Kurs sofort wieder auf».

⁵⁷ Eine Vielzahl von Betrieben in aller Welt wurden aufgekauft. Mit dem Kauf eines Betriebs in den USA hat sich die ABB Asbest-Schadenersatzforderungen aufgehalst, die für den Konzern einen grossen Klotz am Bein darstellen.

IV. Die Ausschaltung der Opposition

18. Zerstörerische Vergleiche mit Hitlerdeutschland

Ein wichtiger Teil der Strategie, die Schweiz in die EU zu bringen, besteht darin, den Gegnern systematisch ein negatives Image anzuhängen. Während Jahren wurde mit der «Moralkeule» auf sie eingedroschen (sei dies generell auf die Beitrittsgegner, sei dies auf die SVP als politische Partei, sei dies auf einzelne Personen wie Christoph Blocher). Ziel war und ist noch heute, «dass anständige und gebildete Leute es vorziehen, sich in der Öffentlichkeit nicht mehr mit Exponenten der SVP blicken zu lassen» (Formulierung in Die Weltwoche Nr. 50/2002). Der Erfolg dieser Strategie ist auch hier bemerkenswert. Man beachte, welch negativen Ruf die SVP durch die konstante «Negativpropaganda» vor allem in der Westschweiz geniesst, auch wenn sie sich im Wesentlichen nur in zwei Punkten von den übrigen Bürgerlichen unterscheidet: Sie will an der selbständigen direkten Demokratie festhalten und sie will keine unkontrollierbare Einwanderung zulassen.

Dabei wird so getan, als sei die SVP verantwortlich für die Verrohung der politischen Kultur. Ihr kann man viel-

leicht – je nach persönlicher Auffassung – vorwerfen, bei Sachaussagen die Ethik und die politische Korrektheit verletzt zu haben (vom «Messerstecherinserat» bis zum Spruch «wir sind immer die Neger»). Aber bei der Verunglimpfung des politischen Gegners war eindeutig nicht die SVP federführend⁵⁸.

Vor allem die Vergleiche mit Nazi-Deutschland vergifteten das politische Klima extrem. Dass sogar Mitglieder des Bundesrats an vorderster Front solche Vergleiche ziehen, ist unverzeihlich⁵⁹: Am Eidgenössischen Wahlsonntag, dem 24. Oktober 1999, sagte die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss am welschen Fernsehen, nachdem die Wahlergebnisse vorlagen und klar war, dass ein relativ starker «Rechtsrutsch» stattgefunden hatte: «Darf ich daran erinnern, dass auch Hitler einst gewählt worden ist. (...) Da muss man sehr wachsam sein».

Welch absurde Behauptung, die EU-Beitrittsgegner (respektive die SVP) seien eine rechtsextreme Gefahr für die Demokratie, nachdem diese es sind, die alles daran setzen, an der direkten Demokratie festzuhalten! Welche Demagogie, ausgerechnet diejenigen mit den Nationalsozialisten zu vergleichen, die für einen Kleinstaat mit direkter Demo-

⁵⁸ Persönliche Angriffe von «Lumpengesindel» bis «als Alphirt verkleideter Faschist» und Vergleiche zu Hitler und Stalin an die Adresse von SVP-Exponenten erfolgten bereits relativ bald nach der EWR-Ablehnung. Dass sich SVP-Exponenten zu ähnlichen Reaktionen haben hinreissen lassen, ist bedauerlich, war aber voraussehbar. Dazu kommt: Ethische Verfehlungen von «Durchschnittsbürgern» sind nicht annähernd so schlimm, wie wenn sich höchste Persönlichkeiten solche Entgleisungen leisten.

⁵⁹ Vgl. auch das Beispiel «Inakzeptable Hitler-Vergleiche», www.luzi-stamm.ch.

kratie kämpfen⁶⁰! Welch schäbiger Tuschenspieler-Trick, Leute wie Christoph Blocher mit Hitler und Stalin (Blick vom 2.4.2000) zu vergleichen⁶¹! Welch groteske Verdrehung, ausgerechnet diejenigen als machthungrig zu bezeichnen, die am schweizerischen System festhalten möchten, das weltweit seit Jahrhunderten das Paradebeispiel des Verzichts auf internationale Machtpolitik darstellt!

19. Von rassistisch bis rückwärtsge- wandt?

Weitere Anwürfe wie «isolationistisch», «abschottend», «abkapselnd», «rückwärtsge wandt», «neinsagerisch», «fremdenfeindlich», «rassistisch» etc. sind zwar weniger schlimm als Vergleiche mit Nazideutschland, die Taktik aber ist dieselbe: Diese Ausdrücke sind zu reinen Kampfbegriffen und «Totschlagvokabeln» geworden, um die

Andersdenkenden politisch zu eliminieren. Wer nicht mit dem Strom schwimmt, wird diffamiert.

– Besonders wirkungsvoll sind die Ausdrücke «fremdenfeindlich» und «rassistisch». Mit der «Eidgenössischen Rassismuskommission» wurde sogar ein Gremium geschaffen, mit dem diejenigen als «rassistisch» gebrandmarkt werden, die sich gegen die «liberale» Einwanderungspolitik zur Wehr setzen⁶². Wären die Massstäbe dieser Kommission richtig, so wären nicht nur praktisch alle anderen Staaten, sondern vor allem auch die EU weit rassistischer als die Schweiz. Die EU verhält sich an ihren Aussengrenzen sowie bei der Abweisung und Rückschiebung von Einwanderern ungleich «fremdenfeindlicher» als unser Land, das eine viel grössere Einwanderung zulässt als alle anderen⁶³.

⁶⁰ Hitler-Deutschland war das pure Gegenteil einer direkten Demokratie. Hitler-Deutschland war die institutionalisierte Vernichtungsmaschine gegen jeden Andersdenkenden, gegen jeden «Neinsager», der sich nicht dem gleichgeschalteten Denken anschloss. Wer gegen die Grossmacht nach dem Motto «ein Volk, ein Führer» opponierte, wurde rücksichtslos beseitigt.

⁶¹ Ob der Vergleich zu Hitler oder Stalin (dem einzigen Despot, der vielleicht noch mehr Opfer auf dem Gewissen hat als Hitler) gezogen wird, spielt nicht einmal eine Rolle. Hitler und Stalin strebten mit ihrem «Nationalsozialismus» und «International-Sozialismus» dieselben Ziele an, nämlich die totalitäre Grossmacht, bei dem jede Demokratie und jeder Kleinstaat zerstört werden musste. Die Eliminierung der einzelnen Staaten ist auch beim Kommunismus Programm, das kann man bei Marx/Lenin nachlesen. Rechtsextrem und linksextrem sind keine Gegensätze, sondern immer nur Konkurrenten (typischerweise gleich die Hitlerjugend den kommunistischen kollektiven Jugenderziehungssystemen stark). Hitler und Stalin waren Konkurrenten, nicht Gegner, auch wenn sie sich bekämpften; Gegner war die freie Demokratie. (Zum besseren Verständnis halte man sich vor Augen: Zigarettenhersteller wie Marlboro und Camel sind zwar Konkurrenten, nicht aber Gegner, auch wenn sie sich in der Werbung bekämpfen; gemeinsamer «Gegner» ist der Nichtraucher.) Vgl. auch «Was ist rechts und was ist links» unter www.luzi-stamm.ch.

⁶² So hat die Rassismuskommission sogar das «Dreikreismodell» des Bundes (lange offizielle Marschrichtung des Bundesrats) als «rassistisch» bezeichnet.

⁶³ Hätte die EU in den 90er-Jahren pro Kopf ebenso viele Menschen einreisen lassen, hätte sie 53 Millionen Einwanderer zu verzeichnen gehabt (d.h. die Einwohnerzahl der acht EU-Staaten Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Luxemburg, Belgien und Griechenland zusammen). Vgl. auch «Die Einwanderung im internationalen Vergleich» unter www.luzi-stamm.ch.

– Zu Vorwürfen wie «isolationistisch», «abschottend» und «abkapselnd» sei der welsche Wirtschaftsprofessor François Schaller zitiert: «Dabei ist die Schweiz von allen Ländern das weltoffenste. Die relativ grosse Bedeutung unseres Aussenhandels ist nur ein Beispiel dafür. Die meisten unserer Unternehmen (...) haben Niederlassungen im Ausland. Wir beschäftigen über zwei Millionen Ausländer im In- und Ausland. Wir haben mit der EG 130 Abkommen geschlossen. Und das nennt man Abkapselung, Alleingang und Réduitmentalität?» In kaum einem Land sind die Einwohner derart international ausgerichtet, pflegen so viele internationale Kontakte und sind mit so vielen ausländischen (Ehe-)Partnern liiert wie in der Schweiz. Wenn in einer Umfrage die Frage gestellt wird, «Derzeit sind zwei Strömungen auszumachen: Eine weltoffene, solidarische Strömung und eine nationale, isolationistische: Welchem Lager ordnen Sie sich zu?» (Aargauer Zeitung vom 1.9.2001), so ist dies pure Stimmungsmache und zeigt höchstens, mit welcher Mentalität die EU-Beitrittsgegner abklassifiziert werden.

– Geradezu dümmlich ist, die EU-Beitritts-Gegner als «Neinsager» lächerlich zu machen. Nur wer gewohnt ist, immer mit dem Strom zu schwimmen, um nirgends anzustossen, kann wohl auf die Idee kommen, diesen Ausdruck als Schimpfwort zu benutzen. Sollen denn die «Jasager» und «Kopfnicker» die wertvolleren Staatsbürger sein? Man beachte, was FDP-Bundesrat Ka-

spar Villiger aufgrund der immer desolater werdenden Bundesfinanzen bereits am 20.1.1996 an der FDP-Delegiertenversammlung in Rapperswil erklärte: «Wir müssen uns dazu aufrufen, vermehrt «Nein» zu sagen. Das braucht politischen Mut. Ich hoffe, dass Bundesrat und Parlament diesen Mut aufbringen». Das waren treffende Worte, auch wenn sie vom Bundesrat selbst und von der erdrückenden Mehrheit des Parlaments völlig missachtet wurden.

– Der Ausdruck «rückwärtsgewandt» entspricht der Masche, mit der US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nach der Irak-Intervention der USA zwischen einem «alten» und «neuen» Europa unterschied; frei nach dem Motto «wer für mich ist, ist zukunftsorientiert, wer gegen mich ist, gehört zum alten Eisen». Analog lautet das Motto der EU-Beitrittsstrategen: Zum alten Eisen gehören nach ihrer Definition diejenigen, die nicht bereit sind, unsere direkte Demokratie auf den Abfalleimer der Geschichte zu werfen. Ohnehin ist paradox, wenn Leute, welche die Entwicklungen wie das Desaster der Bundesfinanzen oder das Debakel im Asylwesen nicht frühzeitig erkannt haben, denjenigen vorwerfen, rückwärtsgewandt zu politisieren, welche die Entwicklung längst vorhergesehen haben und (erfolglos) davor gewarnt haben.

20. Dummköpfe und nützliche Idioten?

Es passt zur Strategie der Beitrittsbefürworter, wenn eine Persönlichkeit wie Roger de Weck, ehemaliger Chefredaktor des Tages-Anzeigers und Präsident des Vereins «Europa – unsere gemeinsame Sache», in seiner Kolumne in der Sonntags-Zeitung (8.12.2002) diejenigen Bürgerlichen als «nützliche Idioten» bezeichnete, die mit der SVP zusammenarbeiten wollen⁶⁴: «Diejenigen FDP-Strategen, die mit einem Rechtsruck und der Wahl eines zweiten SVP-Bundesrats liebäugeln, sind Blochers nützliche Idioten.»

Abgesehen davon, dass es generell problematisch ist, mit dem Ausdruck «Idiot» um sich zu werfen, stellt sich die Frage, wer in der entscheidenden EU-Beitrittsfrage wen als «nützliche Idioten» missbraucht. Wer verkauft wen für dumm? Wer führt wen ins Elend?

War es nicht eher «idiotisch», zu glauben, es werde keine Lastwagenlawine geben? Ist es nicht «idiotisch», wenn Politikerinnen und Politiker lauthals gleichzeitig «Ja zum Schweizer Bankgeheimnis» und «Ja zum EU-Beitritt» rufen, obwohl sich beides gegenseitig

ausschliesst? Oder ist es «idiotisch», wenn ausgerechnet Politikerinnen und Politiker aus dem linken Lager übersehen haben, dass die freie Zuwanderung vor allem ihren traditionellen Anhängern Armut bringt und wenn sie meinen, mit der multikulturellen Gesellschaft lasse sich soziale Gerechtigkeit verwirklichen⁶⁵? Oder machen jene Bürgerlichen einen «idiotischen Fehler», die gar nicht merken, dass heutzutage einfach diejenigen als «modern» und «fortschrittlich» bezeichnet werden, welche die Volksrechte abschaffen und die Macht an eine politische Elite in Brüssel übertragen wollen?

Steht vielleicht Roger de Weck am Ende selbst «idiotisch» da, weil er sich täuscht und sich die EU mehr in Richtung «internationalem Sozialismus» oder Richtung «Mediendiktatur Berlusconi» entwickelt, als er es wahr haben will? Sind vielleicht diejenigen die «nützlichsten Idioten», die Jacques Chirac nach seinen Atombombenversuchen als Kriegsgurgel verwünschten, um ihn ein paar Jahre später als Friedensengel zu feiern, als er sich flugs zum Wortführer gegen die USA aufspielte? Könnte es sich herausstellen, dass die Chiracs, Schröders, Berlusconi, Blairs und wie sie alle heissen, die

⁶⁴ Eine solche Zusammenarbeit wäre im krassen Gegensatz zu Aussagen von Roger de Weck von grösster Wichtigkeit. Der Abwärtstrend der Schweiz kann nur aufgehalten werden, wenn es den echt Bürgerlichen gemeinsam gelingt, die Politik der 90er-Jahre zu korrigieren.

⁶⁵ Vgl. «Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten?» unter www.luzi-stamm.ch. Sogar der bekannte linksstehende Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit (Mitglied der Grünen Partei) schreibt: «Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt. (...) Sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüssen.»

Nicht sparen bei der Bildung

Der Nationalrat will in den nächsten vier Jahren vom Bund mehr Geld für den Denkplatz Schweiz. Er ist gegen die Sparvorschläge von Kaspar Villiger.

Von **Christoph Schilling, Bern**

Der Nationalrat hat gestern mit der Debatte darüber begonnen, wie viel Geld der Bund in den Jahren 2004 bis 2007 für Bildung, Forschung und Technologie ausgeben soll. Es war unbestritten, dass die Bildungsausgaben gesteigert werden müssen. Umstritten war aber, um wie viel.

«Wer nicht in die Köpfe investiert, verhindert den Wohlstand des Landes», warnte Anita Frez (SP, BS). Die Ratslinie und die Liberalen wollen 17,3 Milliarden einsetzen, was einem jährlichen Wachstum von 0,9 Prozent entspricht. FDP und CVP wollen nur 5 Prozent Wachstum oder 480 Millionen weniger. Die SVP ist, wie Finanzminister Villiger, nur für 1 Prozent Wachstum. Sie hätte damit gestern im Rat aber keine Chance: Dieser folgte schliesslich der Mitte aus FDP und CVP.



ICH FINDE,
WIR KÖNNEN
ÜBERALL
SPAREN,
NUR BEI DER
PARTEIWERBUNG
NICHT



Ein Beispiel, wie EU-Beitrittsgegner (SVP) lächerlich gemacht werden

künftig an den Machthebeln sitzen werden, gar nicht besser sind als amerikanische Präsidenten? Könnte sich die Vision einer EU als Rivale der USA als gefährlich und destabilisierend erweisen? Wird der Nationalismus auf höchster Ebene wiederbelebt, sobald die EU mit anderen Grossmächten in Konflikt gerät? Könnte es eine epochale Dummheit sein, alle Davids der Welt aus dem Weg zu räumen, die sich eines Tages einem Goliath in den Weg stellen könnten?

21. Gezielt Richtung «internationalen Sozialismus»?

Oder gehen Leute wie Roger de Weck gezielt vor? Strebt auch er ein gleichgeschaltetes System mit Hunderten von Millionen von Menschen an, die von einer kleinen Elite mit riesiger Machtfülle geführt werden, wobei das Volk politisch nichts zu sagen hat? Ist Ziel ein internationaler Sozialismus, von dem schon Winston Churchill sagte, in diesem Sozialismus sei nur «wichtig, dass es allen gleich schlecht geht»?

Vor allem wer die Entwicklung in Deutschland verfolgt, muss sich jedenfalls seine Gedanken machen. Zitiert sei aus zwei Artikeln, die am selben Tag in der (ebenfalls EU-Beitrittsfreundlichen) Aargauer Zeitung erschienen sind (24.2.2004).

– Unter dem Titel «Spanische Erfolgs-story» wird beschrieben, wie «auf der einen Seite die aufsteigenden und wirtschaftlich erfolgreichen EU-Staaten wie Spanien, auf der anderen Seite absteigende Staaten wie Deutschland» stehen. Und dann folgt der bemerkenswerte Satz: «Spaniens BIP-Aufstieg pro Kopf (d.h. Spaniens Wohlstandsteigerung) und Deutschlands Einkommensabstieg gilt als Erfolg der EU-Politik, die regionale Wohlstandsunterschiede einebnen soll.»

Einebnen des Wohlstands soll eine «Erfolgs-story» sein? Wo liegt da der Unterschied zum internationalen Sozialismus?

– Der zweite Artikel bezog sich auf die EU-Osterweiterung: «Die alten EU-Länder dürfen die Niederlassungsfreiheit für Bürger aus den neuen Ländern bis 2011 einschränken. Dann, so hofft man in Brüssel, haben sich die Volkswirtschaften so weit angepasst, dass es keinen Grund mehr für Emigration gibt».

Ziel ist also die «Anpassung», mit anderen Worten auch hier die «Einebnung des Wohlstands», bis es keine Unterschiede und somit auch keine Gründe für Wanderungen mehr gibt. Nach dem Motto «Rauf mit den ärmeren Staaten, runter mit den reicheren Staaten»? Dann wäre also die bedenkliche Entwicklung in Deutschland gezielte «Anpassung», die man sich in Brüssel «erhofft»!

In diesem Zusammenhang muss auffallen, mit welcher Argumentation die ideologisch orientierten Führungskräfte der Schweizer Sozialdemokraten seit Jahren den EU-Beitritt fordern: Dies sei die einzige Möglichkeit, die eigenen sozialistischen Ziele durchzusetzen. So erklärte z.B. der damalige SP-Präsident der Schweiz, Peter Bodenmann, am 21. März 1997 im Le Nouveau Quotidien: «Europa (ist) die einzige Chance für die Linke, die Politik neu zu definieren». Im Tages-Anzeiger-Magazin vom 19. Dezember 1998 erklärte SP-Nationalrat Franco Cavalli: «Nur auf europäischer Ebene ist die Linke stark genug». Und die damalige SP-Präsidentin Ursula Koch doppelte an derselben Stelle nach: «Veränderungen können nur von aussen kommen».

Für uns wäre der Wohlstandsverlust bei einem EU-Beitritt noch bedeutend grösser als für die Deutschen (weil das schweizerische Wohlstandsniveau noch höher ist). Das gilt es zu vermeiden. Wir brauchen keine «Deutschlandisierung» (Nivellierung nach unten), sondern wir müssen unseren Wohlstand bewahren, indem wir bessere Rahmenbedingungen schaffen / bewahren, als sie in der EU existieren.

V. Wie weiter?

22. Auswirkung der Jahrtausendfrage auf die Parteipolitik

Die Auseinandersetzung «EU-Beitritt Ja oder Nein?» hat dramatische Auswirkungen auf die Parteienlandschaft unseres Landes. Sie überlagert den Gegensatz Links–Rechts. So gesehen hatte der frühere FDP-Präsident Franz Steinegger Recht, wenn er wiederholt sagte, das Schema Links/Rechts sei nicht mehr zeitgemäss. Links/Rechts ist tatsächlich in den Hintergrund getreten verglichen zur Frage, «wer verfolgt welches strategische Ziel in der Aussenpolitik?». Die Bürgerlichen wanderten seit Beginn der 90er-Jahre nur deshalb «nach links» ab, weil sie das Ziel zu verfolgen begannen, unser politisches System einem EU-Beitritt zu opfern.

Nur wenn man sich das eben Gesagte vor Augen hält, wird die politische Entwicklung seit Beginn der 90er-Jahre

überhaupt verständlich: Bei meiner Wahl ins Parlament (1991) stellten die Bürgerlichen 42 von 46 Ständeräten (FDP 18, CVP 16, SVP 4, Lib. 3, Lega Ticinesi 1). Alle bürgerlichen Parteien hatten sich schon damals «keine Staatsquotenerhöhung», «keine Steuererhöhungen», «Sorge tragen zu den Staatsfinanzen» und «nicht mehr Geld ausgeben als einnehmen» auf die Fahne geschrieben. Jedes Gesetz und jeder wichtige Beschluss muss (auch) durch den Ständerat gutgeheissen werden. Bei den genannten Mehrheitsverhältnissen hätte – wenn sich die Bürgerlichen auch nur einigermaßen an ihre Parteibüchlein gehalten hätten – die Entwicklung der 90er-Jahre gar nie so verlaufen können. Anfangs verstand auch ich nicht, wie die katastrophale Finanzpolitik⁶⁶ der 90er-Jahre überhaupt möglich war.

Nur eine Erklärung kann richtig sein: Nachdem der Bundesrat im Mai 1992 sein EU-Beitrittsgesuch gestellt hatte, hat innerhalb der beiden Parteien FDP und CVP ein entscheidender Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier die bürgerlichen Prinzipien über Bord geworfen, weil auch sie die Strategie eines EU-Beitritts verfolgen.

Es ist unter diesen Umständen müssig, darüber zu streiten, ob die Bürgerlichen oder die Linken die Verantwortung tragen für die negative Entwicklung in unserem Land seit Beginn der 90er-Jahre. Schaut man auf die grosse Zahl der Parlamentsmitglieder aus FDP und CVP, so muss man selbstverständlich sagen, die Bürgerlichen seien schuld gewesen. Wenn man jedoch schaut, welche Parteipolitik sich durchgesetzt hat, so muss man sagen, dass das «rote Jahrzehnt» der 90er-Jahre, also eine linke Politik, unser Land ins Elend gestürzt hat.

Wichtig und richtig ist vor allem eine Analyse: Durchgesetzt hat sich die selbsternannte «Koalition der Vernunft» der EU-Beitrittsbefürworter (aus SP, CVP und FDP), die eine erdrückende Mehrheit innehatte. Niemand kann ernstlich behaupten, die EU-Beitrittsgegner hätten uns in die heutige Misere geführt, denn sie waren in der hoffnungslosen Minderheit und sammelten sich erst nach und nach in der SVP, die entsprechend immer stärker wurde⁶⁷. Die SVP wurde automatisch in die Opposition gedrückt, weil alle anderen Kräfte inklusive Landesregierung Richtung Brüssel strebten. Bei

⁶⁶ Trotz riesigen Mehreinnahmen (Steigerung von unter 30 Milliarden pro Jahr auf über 50 Milliarden Franken pro Jahr) erhöhten wir die Schulden des Bundes von unter 40 Milliarden (1990) auf über 120 Milliarden Franken (2002). Vgl. dazu im Detail «In sieben Jahren mehr Schulden als zwischen 1848 und 1990» sowie «Die Misswirtschaft der 90er-Jahre» unter www.luzi-stamm.ch.

⁶⁷ Die Autopartei und spätere Freiheitspartei sowie die Schweizer Demokraten verschwanden weitgehend von der Bildfläche. Aber auch Arbeiter aus dem sozialdemokratischen Lager und sogar einige Grüne (die Grünen waren anfangs gegen einen EU-Beitritt!) wechselten zur SVP, womit «SVP» zunehmend identisch mit dem Ausdruck «EU-Beitrittsgegner» wurde.

allen Abstimmungen, die auch nur einigermassen mit der Aussenpolitik zu tun hatten, entstand zwangsläufig die Konstellation «alle gegen die SVP». Im Vordergrund stand dabei jedoch nicht der Streit Links/Rechts, sondern letztlich der Machtkampf, ob sich das «strategische Ziel EU-Beitritt» durchsetzt oder nicht.

23. Die innerparteilichen Machtkämpfe sind entscheidend

Das Ergebnis der Politik seit Beginn der 90er-Jahre ist katastrophal. Das zeigt sich geradezu symbolisch an der Tatsache, dass der Bund «in sieben Jahren mehr Schulden gemacht hat als in den fast 150 Jahren zuvor seit 1848» (Ausspruch von Alt-Bundesrat Kaspar Villiger)! Die Defizite steigen noch immer trotz dramatisch erhöhten Steuern, Abgaben, Gebühren und Krankenkassenprämien. Einwanderungs- und Asylpolitik ruinieren das Land. Die Kriminalität steigt. Unsere Schulen sind auf hintere Plätze zurückgefallen. Die Sozialwerke sind kaum mehr finanzierbar, die Invalidenversicherung wird ausgeplündert. Beim Verkehr herrschen chaotische Zustände. Wo gibt es einen Bereich, der besser gelöst wäre als vor zehn Jahren?

So kann es nicht mehr weitergehen. Wie kommen wir wieder aus dieser Misere heraus?

Wer meint, Brüssel werde unsere Probleme lösen, ist ganz gewaltig auf dem Holzweg. Wir selbst müssen die Irrwege der letzten Jahre korrigieren. Unter der Führung der «Koalition der Vernunft» wurden die bewährten bürgerlichen Eigenschaften wie «sparsam», «bescheiden», «kleinräumig» und «eigenverantwortlich» ins Lächerliche gezogen und mit Schlagworten wie «welt-offen», «modern», «zukunftsorientiert» «international-solidarisch» ersetzt; mit verheerenden Folgen. Besserung ist nur in Sicht, wenn man sich wieder auf die alten Werte besinnt, welche die Erfolgsgeschichte der Schweiz möglich gemacht haben.

Ein Kurswechsel ist nur möglich, wenn es den bürgerlich Gesinnten⁶⁸ wieder gelingt, eine Politik zu verfolgen, die den Namen «bürgerlich» auch wirklich verdient. Je schlechter in Bern politisiert wird, desto stärker wird zwar die SVP. Aber sie wird kaum je 50 Prozent Wähleranteile gewinnen. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes wird deshalb sein, wie die Machtkämpfe innerhalb der anderen Parteien ausgehen.

– Dies gilt in erster Linie für die FDP. Es wird sich zeigen müssen, ob die Wahl des neuen Bundesrates Hans-Rudolf Merz und diejenige des neuen Parteipräsidenten Rolf Schweizer wirklich eine Trendwende bedeuten. Die Spannweite zwischen den traditionell bürger-

⁶⁸ Auch Sozialdemokraten «von altem Schrot und Korn» wären hochwillkommen, beim Kurswechsel mitzuhelfen. Aber Sozialdemokraten, die sich für die arbeitende Bevölkerung einsetzen, werden immer mehr durch ideologisch orientierte sozialistische Vertreter ersetzt.

lichen Exponenten und EU-Beitrittsgegnern einerseits sowie den «linksliberalen» EU-Beitrittsbefürwortern ist innerhalb der Partei enorm und kaum überbrückbar. Unter den massgebenden Vertretern aus der Romandie, den FDP-Frauen und den Jungfreisinnigen ist nach wie vor kaum jemand in Sicht, der die Strategie verfolgt, der EU fernzubleiben. Dieser Machtkampf, dessen Ausgang völlig offen ist, droht die FDP zu spalten.

– Auch in der CVP sind die unterschiedlichen Meinungen enorm. Bei der CVP-Führung ist der Drang nach Brüssel nach wie vor viel grösser, als Aussenstehende annehmen. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass nicht nur der verbleibende Bundesrat Josef Deiss ein vehementer Beitrittsbefürworter ist. Man darf nicht vergessen, wie nach der Abstimmung über die «Bilateralen Verträge I» der CVP-Fraktionschef Jean-Philippe Maître im Namen der Partei erklärte: «Jetzt sofort in die EU» (Blick vom 22.5.2000), oder wie sich die CVP sogar für die erwähnte Initiative «Ja zu Europa» einsetzte, die am 4.3.2001 vom Volk mit mehr als drei Vierteln der Stimmen abgelehnt wurde.

– Und schliesslich ist mitentscheidend, ob sich innerhalb der SP definitiv die

Ideologen durchsetzen können, die bereit sind, den Wohlstand ihrer traditionellen Wählerschaft (der Schweizer Arbeiter) für einen EU-Beitritt zu opfern. Denn dass der Wohlstand der einfachen Bevölkerung der Schweiz absinkt, wenn unser Land Teil einer «EU ohne Grenzen» wird, ist klar (man beachte nur, in welcher bitterer Armut die untersten Schichten in den wohlhabenden USA leben).

24. Parteimitglieder müssen erkennen, was sich abspielt

Von grösster Wichtigkeit ist es, dass die Parteimitglieder aller Parteien die ablaufenden Mechanismen durchschauen. Sie müssen einerseits erkennen, wie stark die Tagespolitik auch in den innenpolitischen Sachthemen zu einem enormen Teil vom «strategischen Ziel EU-Beitritt» beeinflusst werden, in der Verkehrspolitik, der Sozialpolitik, der Einwanderungspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Militärpolitik, etc., oft bis ins letzte Detail⁶⁹.

Und vor allem müssen sich die Anhänger der politischen Parteien andererseits bewusst werden, was sich innerhalb ihrer Partei abspielt. Erschreckend oft ist dies nicht der Fall. Unzählige FDP-Parteimitglieder denken wie eh und je, ebenso viele CVP-Mitglieder, vor allem in der Inner-

⁶⁹ Ein Beispiel von unzähligen: Eben erst habe ich als Parlamentarier die Unterlagen betreffend Kauf neuer Militär-Transportflugzeuge erhalten. Wie käme die kleinräumige Schweiz auf die Idee, Transportflugzeuge anzuschaffen, die Truppen Tausende von Kilometern transportieren können, wenn nicht europapolitische Ziele im Vordergrund stünden? Aber für einen EU-Beitrittsstrategen ist es nur konsequent, wenn er die Armee zu einem internationalen «Modul» umfunktionieren will, damit Schweizer im Verbund mit EU-Militärkräften in alle Welt zu Einsätzen geschickt werden können.

schweiz. Aber sie können nicht hinter die Kulissen blicken und sehen deshalb nicht, wie extrem ihre Vertreter in Bern die alten Parteigrundsätze über Bord geworfen haben, weil sie Richtung EU streben.

Viele realisieren nicht, wie hemmungslos die Begriffe «bürgerlich» und «liberal»⁷⁰ in jüngster Zeit verdreht worden sind und wie stark sich der Graben zwischen ihrer Parteispitze und den Parteimitgliedern geöffnet hat:

– Nicht nur die traditionelle Inner-schweizer CVP hat bisweilen kaum mehr etwas mit der Marschrichtung der Parteispitze in Bern zu tun. Auch in einem «Durchschnittskanton» wie dem Aargau klappt in der Aussenpolitik ein Graben zwischen Parteispitze und Parteimitgliedern, wie Beispiele wie die kürzliche UNO-Abstimmung zeigen⁷¹.

– Wenn man sich vor Augen hält, dass in der FDP noch vor wenigen Monaten Persönlichkeiten wie Parteipräsidentin Christiane Langenberger (eine der radikalsten Befürworterinnen eines EU-Beitritts), Vizepräsident Fulvio Pelli und Nationalratspräsident Yves Chris-

ten an den Schlüsselpositionen sassen, so sieht man, dass sich auch in der FDP die Parteispitze zumindest bis vor kurzer Zeit weit von den traditionellen bürgerlichen FDP-Wählern entfernt hatte.

In den beiden Parteien FDP und CVP ist es Mode geworden, sich über die Polarisierung in der Politik zu beklagen und sich als «Parteien der Mitte» anzubieten. Was soll das heissen? Es geht nicht um die Frage Rechts/Links, sondern um die Frage «Ziel EU-Beitritt ja oder nein?». Da gibt es keine Mitte, sondern nur ein «Ja» oder «Nein». Es geht um die «Jahrtausendfrage»; ob unser Land eine selbständige direkte Demokratie bleibt oder ob sie ihr politisches System mit einem Anschluss an die EU radikal umkrepelt. FDP und CVP müssen offen erklären, welche Richtung sie einschlagen. Dies ist «matchentscheidend» für die Zukunft unseres Landes. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch, zu wissen, wer uns in die EU und in die Nivellierung führen will.

Man beachte: Noch immer gelten die Parteibeschlüsse von 1995 und 1998, gemäss denen FDP und CVP das Ziel

⁷⁰ Heute werden einfach diejenigen als «links-liberal» bezeichnet, die in die EU drängen. «Liberal» heisst jedoch freiheitlich. Freiheit ist gepaart mit Eigenverantwortung. Diese hat zu tun mit Selbständigkeit und dem Willen, die Zukunft in eigene Hände zu nehmen.

⁷¹ Der Aargau hat gegen einen UNO-Beitritt gestimmt. Analysen haben gezeigt, dass die grosse Mehrheit der FDP-Mitglieder an der Urne «Ja» gesagt hat. Damit müssen die CVP-Anhänger vehement «Nein» gestimmt haben, denn sonst hätte – da man davon ausgehen kann, dass die Linken fast lückenlos «Ja» gestimmt haben – kein «Nein» im Kanton resultieren können. Am aargauischen CVP-Parteitag vor der UNO-Abstimmung hat jedoch kein einziger offizieller Parteivertreter «Nein» gestimmt, womit die CVP-Leitung diametral anders votiert hat als ihre Mitglieder.

verfolgen, der EU beizutreten, auch wenn dies heruntergespielt wird!

25. Wirtschaftliche Öffnung ja ...

Das Motto der Schweiz muss lauten: «Wirtschaftliche Öffnung ja – politische Öffnung nein». Das ist kein Widerspruch, sondern Voraussetzung dafür, dass die Schweiz auch künftig im Kreis der wohlhabenden Länder mithalten kann. Die Schweiz ist das Musterbeispiel, wie mit internationaler Ausrichtung der Wirtschaft einerseits und eigenständigem politischen System andererseits Wohlstand erzielt werden kann.

Dass wirtschaftliche Öffnung Wohlstand bringt, ist ökonomisch längst bewiesen⁷², selbst wenn dadurch liebevoll gewonnene Kleinbetriebe oder gar ganze Industriezweige verschwinden. Allerdings bleiben wichtige Detailfragen politisch zu regeln⁷³. Und zu berücksichtigen ist, dass gewisse Bereiche vom freien Markt ausgenommen sind oder sein müssen. Drei Beispiele seien erwähnt, die zur Zeit politischen Diskussionsstoff liefern:

– Eine Ausnahme ist die Landwirtschaft. Wer sie ungeschützt dem freien Markt aussetzen will, kann sie ebenso gut sofort abschaffen. Wie in zahlreichen anderen Ländern bricht die Land-

wirtschaft bei uns (wegen des kleinräumigen, hügeligen Geländes) zusammen, wenn sie einfach dem freien, internationalen Konkurrenzkampf ausgesetzt wird.

Wer den Bauern vorwirft, es sei widersprüchlich, freien Markt und gleichzeitig Geld für die Landwirtschaft zu fordern, übersieht das Wesentliche: Es ist etwas grundsätzlich anderes, ob die Stahlindustrie, die Swissair etc. unterstützt werden, oder ob man die Landwirtschaft subventioniert. Bei Stahlwerken, Fluglinien etc. springen nach einem Konkurs einfach andere Unternehmen ein. Bei der Landwirtschaft hingegen geht es um die grundsätzlichen Fragen, ob Landesgegenden veröden und Bergtäler entleert werden. Wer dies verhindern will, muss zwangsläufig «planwirtschaftlich» festlegen, wie viele Bauernbetriebe zu finanzieren seien und wie viel Geld dafür auszugeben sei.

– «Freier Markt» hat beim alpendurchquerenden Transitverkehr nichts zu suchen, wenn man diesen Ausdruck so verstanden haben will, dass alle Lastwagen zum Nulltarif durch die Alpen fahren dürfen. Wer das Angebot klein hält (das heisst z.B. nur eine Tunnelröhre am Gotthard baut), kommt nicht darum herum, einen hohen Preis für

⁷² Das wurde von den klassischen Ökonomen bereits im 19. Jahrhundert nachgewiesen, unter anderem durch David Ricardo mit seinem in Ökonomiekreisen berühmten Beispiel «Tuch-/Weinproduktion in England/Portugal».

⁷³ Typische zurzeit aktuelle Probleme sind Ausmass des Patentschutzes und des Kartellgesetzes. Bei solchen Bereichen kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Güterabwägungen sind unumgänglich, wenn es um die Frage geht, wer wo und wie lange sein Produkt exklusiv vermarkten darf.

die Durchfahrt zu verlangen, wenn er ein Chaos auf den Strassen vermeiden will.

– «Freier Markt» hat nichts zu tun mit Personenfreizügigkeit. Wer durch freien Markt und freien Handel zu Wohlstand kommt und sein eigenes Haus baut, muss sein Haus selbstverständlich nicht für alle öffnen, die mit ihm zusammenwohnen und von seinen Leistungen profitieren wollen. Die USA zeigen als Paradebeispiel, dass «Marktöffnung» und «freie Zuwanderung» nichts miteinander zu tun haben: Die USA sind die vehementesten Vertreter des freien Marktes, kämen jedoch niemals auf die Idee, eine Personenfreizügigkeit einzuführen.

26. ... politische Öffnung nein

Die politische «Öffnung» ist etwas völlig anderes als die wirtschaftliche. Politische Öffnung hat nichts mit «Öffnung» im landläufigen Sinn zu tun (internationaler wird unser Land so oder so). Politische Öffnung heisst, dass die Gesetzgebungskompetenz an aussenstehende Gremien übertragen wird (also z.B. von der Schweiz an Gremien in Brüssel). Politische Öffnung bedeutet faktisch Gleichschaltung (oder «Harmonisierung») der Gesetze, dass also überall die gleichen Vorschriften und Rahmenbedingungen («gleich lange Spiesse») geschaffen werden.

Genau das kann keinesfalls in unserem Interesse liegen. Wir brauchen

nicht gleich lange Spiesse wie das Ausland, sondern längere. Nur mit besseren Rahmenbedingungen können wir als Land ohne Rohstoffe einen Wohlstandsvorsprung halten. Wenn z.B. dem Finanzplatz Schweiz identische Rahmenbedingungen wie in der EU aufgezwungen werden, verschwindet er einfach zu Gunsten von anderen Finanzplätzen.

Leute mit dem strategischen Ziel, der EU beizutreten, verfolgen logischerweise das Ziel, die einheimischen Rahmenbedingungen mit denjenigen Brüssels gleichzuschalten. Eigentlich ist unglaublich, dass der Bundesrat und die Parteien FDP, CVP und SP mit ihrer Beitrittsstrategie alle ein System anstreben, bei dem es für immer verunmöglicht wird, dass die Schweiz je wieder bessere Rahmenbedingungen schafft als die umliegenden Länder (aus der EU gibt es keinen Austritt).

Leute mit dem strategischen Ziel, der EU nicht beizutreten, streben demgegenüber eine Schweiz mit besseren Rahmenbedingungen an. Bessere Rahmenbedingungen könnten sein: Weniger Steuern, weniger Sozialausgaben, weniger Bürokratie, bessere Bildung und Forschung, bessere Verkehrsmittel, effizienterer Vollzug, schnellere Anpassung an technische und gesellschaftliche Erneuerungen, mehr Eigenverantwortung. Nur mit besseren Rahmenbedingungen lässt sich die Arbeitsmentalität wieder auf den alten Stand bringen, die Grundlage jeden

Wohlstands ist⁷⁴. Auf Dauer bessere Rahmenbedingungen als in der EU sind nur möglich, wenn die Schweiz anders bleiben und abweichende Gesetze behalten kann. Nur die direkte Demokratie bietet dafür Gewähr.

27. Direkte Demokratie: Das Zukunftsmodell

Der EU ist für die Zukunft alles Gute zu wünschen. Es ist zu hoffen, dass sich eine föderalistische, tolerante und welt-offene EU entwickelt, die Aussenstehende weder drangsaliert noch boykottiert. Aber unabhängig davon ist alles daran zu setzen, unser Modell der direkten Demokratie zu bewahren. Es gibt weltweit unzählige Völker und Regionen, die nach Freiheit streben und ausserhalb von Machtblöcken ihre Selbstbestimmung bewahren und Wohlstand gewinnen wollen. Da gibt es keinen Grund, ausgerechnet das «Modell Schweiz» abzuschaffen.

Nicht nur die Bürgerlichen müssten ein Interesse daran haben, am Erfolgsrezept festzuhalten. Peter Mattmann, früher Mitglied des «Grünen Bündnisses Luzern» und Mitbegründer der «Bewegung Neutrale Schweiz», schreibt vom «erfolgsversprechendsten System, einem Kleinstaat Unabhängigkeit und Freiheit zu erhalten. (...) Der Abschied vom Imperium ist der wichtigste Lern-

schritt. (...) Frieden kann dort gedeihen, wo Verzicht auf Grösse und Gewalt selbstverständlich und der Staat durch direkte Volksmitsprache in überschaubaren Einheiten von unten her aufgebaut ist. (...) Die Grundmaximen, denen die Eidgenossenschaft seit Jahrhunderten nachzuleben versucht, sind nicht veraltete Relikte eines egoistischen Nationalismus, sondern topmoderne und zukunftssträchtige ausserpolitische Konzepte». Dabei erhält Peter Mattmann Schützenhilfe von Ökonomeprofessoren. Der Buchtitel der drei Ökonomen Gebhard Kirchgässner, Lars Feld und Marcel Savioz (Hochschule St. Gallen) spricht für sich: «Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig». Der Zürcher Ökonomeprofessor Bruno S. Frey hält kurz und bündig fest: «Unser System ist das System der Zukunft» (Aargauer Zeitung vom 11.11.2002).

Es ist erstaunlich, wie viele politisch interessierte Intellektuelle in der Schweiz die grossen Vorteile der direkten Demokratie nicht mehr erkennen. Sie übersehen, dass gerade sie es sind, die bei deren Verlust am meisten verlieren würden⁷⁵. Die direkte Demokratie trägt entscheidend dazu bei, dass sich der Bürger an der Politik beteiligt und die getroffenen politischen Entscheide besser akzeptiert. Sie führt zu echter

⁷⁴ Vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Benjamin Franklin ist der Satz überliefert: «Und wer Euch sagt, dass Ihr reich werden könnt, ohne zu arbeiten, der ist ein Lügner.» Unsere Vorfahren haben das erkannt. Wir sollten uns wieder an diesen Satz erinnern. Vgl. dazu «Verbesserung der Arbeitsmentalität unerlässlich» unter www.luzi-stamm.ch.

Solidarität zwischen Bevölkerungsgruppen und Landesteilen⁷⁶. «Nichts hält unser Land mehr zusammen als die direkte Demokratie» (Alt-Bundesrat Arnold Koller, Schweizer Monatsheft Juli/August 1998).

Ich verstehe jeden, der mit den Entscheidungen der Politikerelite in Bern nicht mehr zufrieden ist. Aber ich verstehe nicht, wie man aus dieser Unzufriedenheit heraus die Macht weg vom Volk an eine Politikerelite übertragen kann (nämlich an Gremien in Brüssel), offenbar in der irrigen Meinung, diese würde alles besser machen.

28. Unsere Interessen auf «bilateralem Weg» verteidigen

Unsere Politikerinnen und Politiker sind gewählt, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Heutzutage heisst dies vor allem auch, bei internationalen Verhandlungen für die eigenen Interessen zu kämpfen. Das tut jedes Individuum, das tut jede Firma, das tut jedes andere Land. Aufgabe unserer Vertreter ist es, der Schweiz schikane-

freien Zugang zum europäischen (und zum internationalen) Markt zu verschaffen. Dazu braucht es keinen EU-Beitritt. Vorteilhafter sind bilaterale Verträge. Allerdings müssen sie gut ausgehandelt werden. Es kann nicht gut gehen, wenn Leute als Unterhändler eingesetzt werden, die persönlich das strategische Ziel verfolgen, der EU beizutreten⁷⁷.

Die Sucht, beim Spiel der Grossen auf der Weltbühne mitmachen zu wollen, ist für unser Land extrem schädlich. Notwendig ist vielmehr, die eigenen Interessen beharrlich und mit bescheidenem Auftreten auf dem internationalen Parkett zu verfolgen. Gelten muss noch immer, was Minister Walter Stucki schon 1946 (bei den Verhandlungen zum «Washingtonerabkommen») als Richtlinie definierte: «Die Schweiz muss mit Selbstvertrauen auftreten; flexibel, fair und kompromissbereit. Wenn es jedoch um das Wesentliche geht, muss der Mut aufgebracht werden, den Gegner auf Granit beißen zu lassen.» Was die Schweiz in den

⁷⁵ Wer z.B. in Österreich lebt und sich für Politik weder interessiert noch engagiert, dem kann es gleichgültig sein, ob die Entscheide in Wien oder in Brüssel getroffen werden. Politisch aktive Schweizerinnen und Schweizer würden wegen des Wegfalls der Direkten Demokratie ungleich mehr verlieren. Politikwissenschaftler Stefano Möckli schreibt zu Recht: «Direkte Demokratie dient vor allem den gebildeten Mittelschichten. Sie ist ein Kontrollinstrument gegenüber den Oberschichten, die die direkte Demokratie nicht nötig haben, da ihnen genügend andere Einflusskanäle zur Verfügung stehen.» (in «Direkte Demokratie; ein internationaler Vergleich», 1994).

⁷⁶ Vgl. «Die zehn Vorteile der direkten Demokratie» unter www.luzi-stamm.ch.

⁷⁷ Auch die «Bilateralen Verträge I» haben grosse Mängel. Es ist zwar verständlich, dass dies kaum jemand zugeht, denn praktisch die gesamte politische Elite befürwortete und lobte diese Verträge mit einer derartigen Euphorie, dass es ihnen schwer fällt zuzugeben, dass sie sich damals getäuscht haben. Schon gestreift wurden die Mängel im Land- und Luftverkehrsabkommen. Unsere Unterhändler haben unverständlicherweise nicht einmal auf denjenigen Lösungen beharrt, die uns die EU wenige Jahre zuvor beim EWR noch angeboten hatte. Auch beim Landwirtschaftsdossier und bei den «Technischen Handelshemmnissen» wurden nicht einmal die «EWR-Lösungen» erreicht.

letzten Jahren geboten hat, ist das pure Gegenteil. Wir haben uns einen Kniefall nach dem anderen geleistet. Damit muss Schluss sein. Es darf nicht mehr vorkommen, dass unsere eigenen Leute, die das Maximum für unser Land herausholen müssten, gleich selbst lamentieren, die Schweiz dürfe nicht immer nur «Rosinen picken».

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey erklärte nach 100 Tagen im Amt: «Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.» Viel klarer kann man nicht mehr zugeben, dass der Bundesrat ganz einfach solche bilaterale Verträge abschliessen will, die ihn seinem grossen Ziel (EU-Beitritt) näher bringen. Für unser Land ist dies eine verheerende Grundhaltung.

Zur Zeit stehen die «Bilateralen Verträge II» vor der Tür. Den EU-Beitrittsgegnern wird oft vorgeworfen, sie würden sich widersprüchlich verhalten, wenn sie dagegen opponieren. Sie seien es ja, die bilaterale Verträge gefordert hätten. Dieser Vorwurf ist unsinnig. Wenn jemand als Grundsatz den «bilateralen Weg» fordert, heisst das noch lange nicht, dass er allen Verträgen zustimmen muss, auch wenn sie noch so schlecht ausgehandelt sind. Für die Schweiz nachteilige Verträge müssen natürlich im Interesse unserer Bevölkerung bekämpft werden.

Noch in seiner Botschaft vom 23.6.1999 zu den «Bilateralen Verträgen I» hatte der Bundesrat festgehalten,

dass Verhandlungen für jene Bereiche «nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind». Dabei nannte er ausdrücklich «Schengen». Dies hinderte ihn nicht daran, kurze Zeit später im Rahmen der «Bilateralen Verträge II» die Verhandlungen mit der EU zwecks Beitritt zu «Schengen» aufzunehmen (auf Wunsch der Schweiz, nicht der EU!). Das Streben nach Schengen ist ein Beispiel mehr, wie alte Prinzipien und Aussagen über Bord geworfen werden, sobald die Chance winkt, einen Vertrag abzuschliessen, der uns einem EU-Beitritt näher bringt.

29. Dringend notwendig, das Steuer herumzureissen

Man halte sich noch einmal den Satz unserer Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss vor Augen (vgl. Fussnote 6): «Es ist eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht. Ich persönlich hoffe, dass über die Staaten hinweg ein neuer, europäischer Überbau entsteht. Ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit als Staat überlebt, ist mir selber nicht so wichtig». Mit entwaffnender Ehrlichkeit hat Ruth Dreifuss damit ausgedrückt, was ein Grossteil unserer politischen Elite leider denkt.

Mit der Haltung «mir ist es eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es meinen Club noch geben wird oder nicht» kann nicht einmal ein Fussballverein erfolgreich geführt werden. Kein Firmeninhaber kann mit der Einstellung «mir

selber ist nicht so wichtig, ob meine Firma überlebt» ein erfolgreiches Spitzenprodukt entwickeln. Wie soll ein Land mit dieser Mentalität in eine erfolgreiche Zukunft geleitet werden können? Wer sich nicht einmal das Ziel setzt, besser zu sein als andere, ist schon im voraus verloren.

Noch viel inakzeptabler ist die Absicht, die internationalen Probleme (vermeintlich) zu lösen, indem die Schweiz auf das Niveau anderer Länder hin-unternivelliert wird. Mit dieser Ideologie wird unser Land vorsätzlich zerstört.

Noch vor wenigen Jahren hat der ehemalige UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar von den «drei Wundern» der Schweiz gesprochen, (dem Wohlstand trotz fehlender Rohstoffe, dem guten Ruf und dem «nationalen Zusammenhalt» durch unsere direkte Demokratie). Wir dürfen es nicht zulassen,

dass diese «Wunder» zerstört werden. Wenn die direkte Demokratie ins Kreuzfeuer gerät, muss man – um die Worte von Minister Stucki zu verwenden (siehe vorletzte Seite) – in der Tat «den Mut aufbringen, den Gegner auf Granit beißen zu lassen».

Noch einmal zehn Jahre Politik wie in den 90er-Jahren können wir uns nicht leisten. Es ist dringend notwendig, das Steuer herumzureissen. Der Bremsweg eines Öltankers auf dem offenen Meer ist extrem lang. Um beim «Ozeandampfer Schweiz» einen Kurswechsel durchzusetzen, braucht es einen gewaltigen Einsatz. Das schafft keine Partei allein. Wir sind auf die Zusammenarbeit aller angewiesen, die sich dafür einsetzen, dass für unsere Nachkommen das Wertvollste erhalten bleibt, das unser Land in seiner mehr als 700-jährigen Geschichte hervorgebracht hat: **die direkte Demokratie nach Schweizer Muster.**

Den Inhalt dieser Bröschüre finden Sie auch auf

www.luzi-stamm.ch

Dort können Sie zudem die Beiträge, auf die in den Fussnoten verwiesen wird, abrufen. Sie finden diese unter www.luzi-stamm.ch wie folgt:

1. Schritt Auf der Homepage zuerst das Feld «Politik» anwählen.
2. Schritt Feld «Alle Beiträge in alphabetischer Reihenfolge» anwählen. Dort finden Sie unter anderem die folgenden Texte, welche diese Broschüre direkt ergänzen:

«Abschaffung der direkten Demokratie bei EU-Beitritt, ja/nein?» (Kap. 2);
«Wenn Schulkinder die Wahrheit nicht mehr sehen» (Kap. 2);
«Zehn Gründe für und gegen einen EU-Beitritt» (Kap. 3);
«NEBS-Umfrage», Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Kap. 4);
«Droit de cité», Diskussion über Zusammensetzung Bundesrat (Kap. 9);
«Würdigung der Bilateralen Verträge I» (Kap. 10);
«Die zehn Todsünden der Bergier-Kommission» (Kap. 11);
«Wohlstand in der Schweiz am grössten» (Kap. 12);
«Die ruinöse Einwanderungspolitik der 90er-Jahre» (Kap. 12);
«Die Schweiz wär Melkkuh, nicht Zugross» (Kap. 12);
«Die Kehrtwende des Bundesrates» (Kap. 15);
«Der Bundesrat bietet die Journalisten zum Interview auf» (Kap. 15);
«Die Medien- und Politelite trifft sich in Locarno» (Kap. 16);
«Das politische Engagement eines Konzern-Direktors» (Kap. 17);
«Inakzeptable Hitler-Vergleiche» (Kap. 18);
«Was ist rechts und was ist links?» (Kap. 19);
«Die Einwanderung im internationalen Vergleich» (Kap. 19);
«Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten?» (Kap. 20);
«In sieben Jahren mehr Schulden als von 1848 bis 1990» (Kap. 23);
«Die Misswirtschaft der 90er-Jahre» (Kap. 23);
«Verbesserung der Arbeitsmentalität unerlässlich» (Kap. 27);
«Die zehn Vorteile der direkten Demokratie» (Kap. 27);